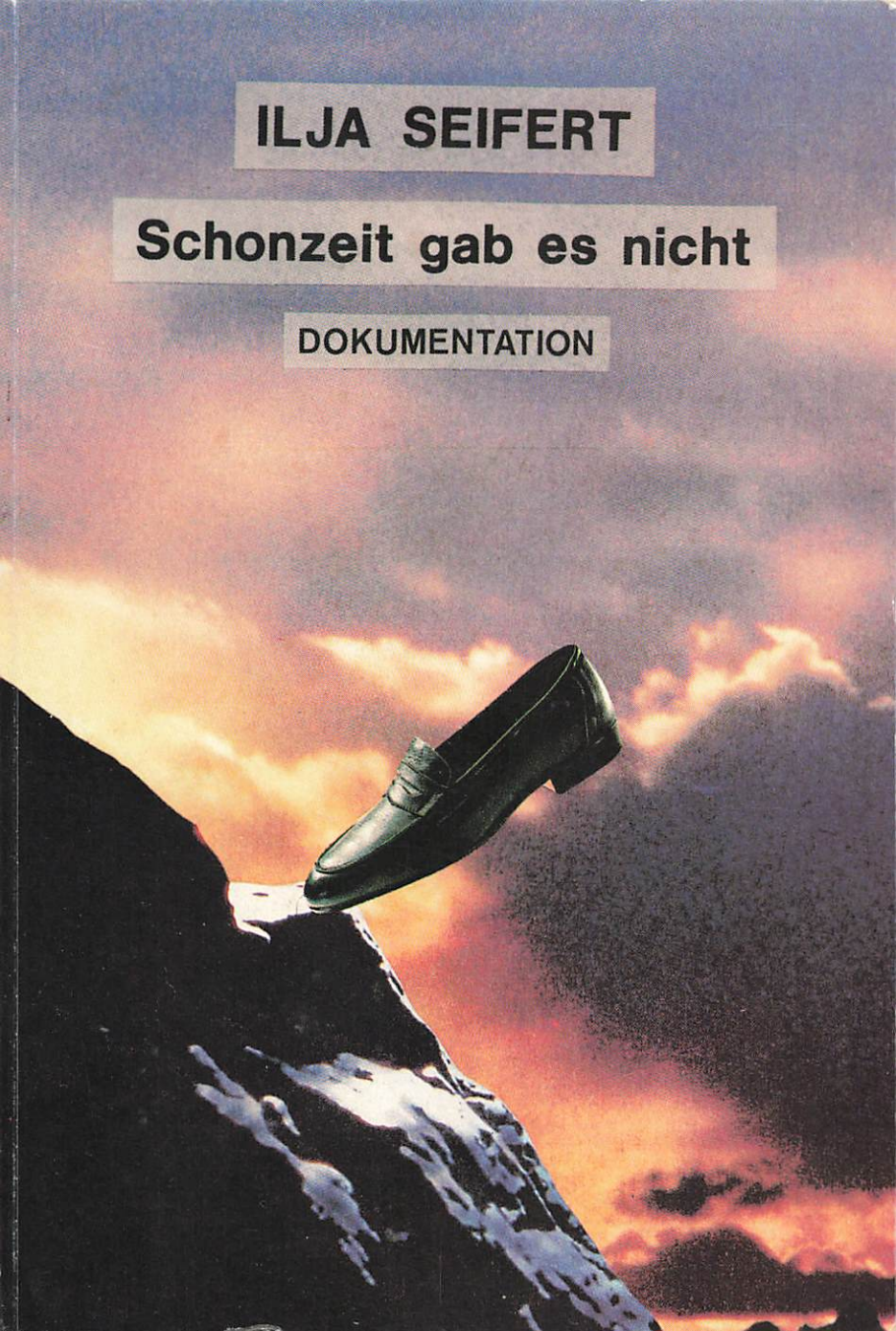
ILJA SEIFERT

Schonzeit gab es nicht

DOKUMENTATION



Nobody is perfect.
Keiner ist vollkommen.
Wer ist Keiner?
Alle sind keiner.
Alle sind vollkommen.
Alle bin auch ich.
Bin ich vollkommen?
I am perfect!?
Perfekt ist Vergangenheit.
Ich bin Gegenwart.
Keiner ist Vergangenheit.
Keiner ist vollkommen Gegenwart.
Alle sind ich.
Keiner ist nobody.

(7. April 1989)

Schonzeit gab es nicht

Eine Dokumentation zur Entstehung des
Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V.
„Für Selbstbestimmung und Würde"
(ABiD)

Programmatische Aufsätze und Interviews
von und mit

Ilja Seifert

Verlag Dieter Ohrnberger, Langweid a. L. & Kolog-Verlag, Berlin
1990

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Seifert, Ilja:
Schonzeit gab es nicht: eine Dokumentation zur Entstehung des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde" (ABiD); programmatische Aufsätze und Interviews / von und mit Ilja Seifert. – Langweid a. L.: Ohrnberger; Berlin: Kolog-Verl., 1990
ISBN 3-89310-015-6

Mit 4 Abbildungen (2 Michael Klenner, 1 Andreas Simon, 1 Manfred Uhlenhut)
© 1990 by Kolog-Verlag Dieter Knoblauch, Berlin
Lektor: Horst Seifert
Umschlaggestaltung: Andreas Prüstel
Satz: deutsch türkischer fotosatz, Berlin
Druck: Alphabet KG

Mit dem Erwerb dieses Buches leisten Sie zugleich eine Spende von DM 0,50 zugunsten des
Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V.
„Für Selbstbestimmung und Würde"
(ABiD)

Zu dieser Ausgabe

Die vorliegende Sammlung enthält programmatische Aufsätze und Interviews von oder mit Dr. Ilja Seifert (MdB), dem Präsidenten des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde" (ABiD), die von Januar bis September 1990 in folgenden Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht wurden:

Berliner Zeitung
Die Gegenwart
handikapnytt
Junge Welt
Die Kirche
Neue Zeit
PeP (Podium eurer Probleme)
die randschau
DIE STÜTZE
taz (tageszeitung)
Tribüne
Wochenpost.

Aus inhaltlichen Gründen wurde der Sammlung der Gründungsaufruf vorangestellt, den eine Initiativgruppe verfaßte, in der Ilja Seifert mitarbeitete.

Wir legen hiermit eine erste Dokumentation zur Geschichte des ABiD vor, der möglichst bald weitere folgen sollen, um auch die wesentlichen Gedanken anderer Autoren übersichtlich zusammengefaßt zur Verfügung zu haben.

Aufrecht gehen

Viele von uns können nur schlecht oder gar nicht laufen. Aber wir gehen unseren Weg aufrecht.
Als im vergangenen Herbst Millionen von mutigen DDR-Bürgern aufstanden und das korrupte Regime eines frühsozialistischen Absolutismus zum Teufel jagten, standen auch Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen bei denen, die unüberhörbar bekundeten: „Wir sind das Volk!" Insbesondere nach der makabren Jubelzeremonie zum 40. Jahrestag der DDR, die sich im Nachhinein als ein Staatsbegräbnis der Politbüro-Mumien erwies, drangen auch konkrete Forderungen von mündigen Bürgern, die sich humpelnd oder rollend, geschoben oder am Arm geführt, spastisch verzerrt oder an der Hand der Eltern die Ereignisse nur teilweise begreifend in die Menge eingereiht hatten, in die Medien: Wir wollen unser Leben selbst gestalten! Dazu brauchen wir eine starke Interessenvertretung, einen Verband. Unsere Probleme sind gesellschaftlicher Natur, also benötigt die Öffentlichkeit profunde Auskunft über uns. Und zwar authentisch. Von uns selbst!
Wir leben mit einem (oder mehreren) Handicap(s). Aber wir leben! Und: wir wollen leben! Handicaps können überwunden werden. Wir haben dazu Vorschläge. Unsere Probleme gehen jeden an, ihre Lösung schadet niemandem, sie nutzt aber auch vielen anderen. Das betrifft integrative Bildungskonzeptionen ebenso wie modernste technische Hilfsmittel, Bordsteinkanten wie individuelle Arbeitsplatzgestaltung, barrierefreies Wohnen wie öffentlichen Personenverkehr für jedermann.
Es ist jetzt nicht einmal ein Jahr her, daß diese Forderungen lauthals erhoben wurden. Die DDR gibt es nicht mehr. Wir sind jetzt Bürger eines mächtigen Staates. Das erscheint mir Grund genug, einmal Bilanz zu ziehen. Dabei soll diese erste Dokumentation helfen. Ich meine, sie gibt Mut. Wenn auch der Staat, in dem die meisten von uns wurzeln und an den wir ursprünglich unsere Forderungen adressierten, sang- und klanglos von der Bühne der Geschichte getreten wurde – wir können unse-

ren Weg erhobenen Hauptes gehen! Das Selbstbewußtsein, das wir aus unseren eigenen Aktivitäten schöpfen, kann uns keiner nehmen. Wir leben nicht nur in der vagen Hoffnung, vielleicht irgendwann einmal etwas ein bißchen verändern zu können – nein, wir besitzen die praktische Erfahrung, wie wesentliche Verbesserungen erreicht werden können: durch eigene Aktivität. Überall. Gemeinsam. Konsequent. Wenn nötig, mit Druck. Und vor allem: aufrecht! Wenn auch viele Erfolge nur zeitweiligen Charakters waren, weil noch(!)-Stärkere uns ihren Willen aufzwangen – wir wissen jetzt, daß so manches machbar ist: die einkommensunabhängige Invalidenrente, aufwandsabhängiges Pflegegeld, ein dem Regierungschef unmittelbar beigeordneter Behindertenbeauftragter mit realem Einfluß und so manches andere. Wir sind im Bundestag präsent, in mehreren Landtagen, in Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamenten. ABiD-Mitglieder fechten in verschiedenen Fraktionen – auf Regierungs- oder Oppositionsseite – um die Verbesserung der legislativen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben, das die Würde jedes einzelnen Individuums wahrt, gleich, welcher Art ihre/seine Behinderung sei, gleich, in welchem familiären, freundschaftlichen oder beruflichen Verhältnis sie/er zu uns stehen mag. Und wir können auf dem glatten parlamentarischen Parkett bestehen, weil wir den festen Boden der breiten Basis stets unter unseren Füßen, Krücken oder Rädern spüren.

Es heißt, der Staat, dessen Bürger wir jetzt sind, die Bundesrepublik Deutschland, sei reich. Wir wissen, auf wessen Kosten sie das sein kann.

Wir wollen, daß das Wort von der Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen im Alltag erlebbare Praxis wird.

Für uns und jeden anderen Menschen.

Und diese reiche BRD kann dazu einen Beitrag leisten.

Für uns und jeden anderen Menschen.

Wir werden sie dazu zwingen.

Für uns und jeden anderen Menschen.

Wenn wir gegen Diskriminierung streiten, dann tun wir das für uns und für jeden anderen Menschen!

Viele von uns können nicht laufen. Aber wir gehen aufrecht in die Zukunft! Wir kennen unseren Wert, kennen unsere Kraft. Viele Jahre lang ackerte so mancher auf steinigem Feld. Häufig vergeblich, gelegentlich um kleine Erfolge, manchmal um Bleibendes. Wir wurden vereinzelt. Und wenn sich kleine Gruppen um ein Projekt fanden, so rangen sie mit Watte, mit unfaßbaren Mächten. Als die Zeit aber reif war – kaum ein Jahr ist es her (!) –, da zeigte sich, daß wir vorbereitet waren. Wir säten auf gut gepflügtem Acker. Bis dato wirkungslos erscheinende, endlose Debatten lieferten den theoretischen Vorlauf, der sich als konzeptioneller Dünger – um im Bilde zu bleiben – einbringen ließ. Die Saat ging – eingebettet in die Sympathie der anderen Aufgestandenen – rasch auf und trug Früchte. Wenn nötig – und wenn die Kraft vieler sich befreiender Menschen dahintersteht – reift Lebendiges auch über den Winter: am Karfreitag, einem 13. (wenn das kein Glück bringt!), riefen wir unsern Verband aus! Zahlreiche Orts- und Kreisinitiativen stützten ihn, er wurzelte in der ganzen DDR. Was da gewachsen war und sich auch an der selbstgepflanzten STÜTZE emporrankt, konnte keiner mehr übersehen. Und wenn hier und da jemand versuchte, an dem Stamm zu sägen, so wurde nur sein Werkzeug schartig. Aber es fanden sich Freunde, die im eigenen (westdeutschen oder Westberliner) Garten selbst bereits originelle Pflanzen gezogen hatten. Das wächst an den Wurzeln zusammen. Von unten kommt die Kraft. Die Wurzeln dringen weiter vor: in die Breite und in die Tiefe. Das blüht und trägt Früchte. Wir schöpfen aus neuen Ideen und alten Erfahrungen. Vor allem aber erkennen wir in unserem Nachbarn immer besser uns selbst: wir sind Menschen, denen ein (oder mehrere) Handicap(s) lebenslang Schwierigkeiten bereiten. Aber wir leben damit, und zwar aufrecht!

Nicht ein abstraktes Ideal macht Menschen schön, sondern Menschen machen schöne Ideale. Für uns sind das Selbstbestimmung und Würde. Ihnen leben wir, mit ihnen wachsen wir, sie reifen durch uns.

Wir haben Schwierigkeiten beim Laufen, aber wir gehen aufrecht weiter!

Berlin, 23. September 1990 **Ilja Seifert**

AUFRUF

zur Gründung eines Behindertenverbandes der DDR

An alle Behinderten der DDR, an alle, die mit ihnen leben, alle, die sie pflegen und betreuen, an alle, die mit und für sie arbeiten!!!

Geht die Politik der Erneuerung an den Behinderten vorbei? In dem jetzt in Gang gekommenen Dialog spielen die besonderen Erfordernisse und Bedürfnisse sowie die Interessen der Behinderten kaum eine Rolle.

Ja, der Dialog findet an Orten und in Räumen statt, die vielen Behinderten überhaupt nicht zugänglich sind.

In unserer Gesellschaft existiert ein mangelndes öffentliches Bewußtsein über die reale Lage der Behinderten und ihres fast vollständigen Ausschlusses aus allen wirklich wichtigen Entscheidungsbereichen staatlicher und politischer Macht sowie des gesellschaftlichen Lebens insgesamt.

Ja, Behinderte brauchen Hilfe und Unterstützung – auch Fürsorge – aber die darf nicht zur Entmündigung führen!

Der Erfolg der in der DDR erstrebten Reformen wird sich auch an der Befriedigung der Bedürfnisse des Schwachen zu messen haben. Wir sind für den Leistungsanstieg! Aber jeder Bürger – auch der Schwerstbehinderte – muß seinen Beitrag leisten können; muß stimuliert, motiviert werden und Möglichkeiten zur Entfaltung seiner individuellen Fähigkeiten erhalten! Dazu bedarf es konkreter Interessenvertretung und demokratischer Organisationsformen und -strukturen. Sie ermöglichen den Behinderten Entscheidungsbefugnisse über ihre eigenen Lebensbedingungen und – entsprechend ihrem hohen Bevölkerungsanteil – die Beteiligung an der Ausübung politischer und staatlicher Macht.

Ja, wir werden Probleme benennen – auch solche, über die man immer noch zu wenig oder gar nicht spricht!

Ja, wir werden Druck ausüben, wo Druck notwendig ist.

Doch bevor der Verband im Namen der Behinderten Forderungen stellen und die Öffentlichkeit noch besser aufklären kann,

muß er sich erst einmal konstituieren. Und zwar republikweit! Eure Ideen und Vorschläge dazu sind jetzt gefragt.
Sprecht mit Euren Freunden und Helfern, mit Euren Kollegen und Lehrern, ob sie mitarbeiten wollen oder selbst Ideen haben. Es geht um folgende Fragen:
Welche Struktur soll der Verband haben?
Welche Grundsätze müssen in ein Statut?
Wie soll sich der Verband finanzieren?
Welche Arbeitsgruppen könnte er beinhalten?
Wir rufen dazu auf, in allen Orten, Kreisen und Bezirken zusammenzukommen und Interessengruppen zur Gründung eines Verbandes zu bilden und zu stärken.
Benennt die brennendsten offenen Fragen! Stellt einen Katalog von Problemen auf, die kurz- oder langfristig zu lösen sind! Wendet Euch schon jetzt mit konkreten Lösungsvorschlägen an die jeweils zuständigen staatlichen Organe oder gesellschaftlichen Organisationen!
Deshalb Initiativen und Aktionen für einen unabhängigen, demokratischen, solidarischen Behindertenverband, der auf der Grundlage der Verfassung der DDR wirkt!
Wir fordern alle Berliner Behinderten auf, informiert uns über die Arbeit Eurer Gruppen!
Wir wünschen uns auch die Verbindung und Zusammenarbeit mit allen Bezirksinitiativen!

25. November 1989

Berliner Initiativgruppe
1040 Berlin, PF 37

Bodo Barleben
Heike Bohmeier
Hans-Reiner Bönning
Jürgen Demloff
Bettina Gehl
Dörthe Kränke
Kay Kriegel
Elisabeth Lange
Erika Metze
Inge und Burkhard Nickel
Horst Rosenberger
Andrea Schatz
Ute und Stephan Schnur
Jörg-Michael Schulze
Ilja Seifert
Jutta Steppat
Michael Weimann
Ute Widrat
Bernhard Zacher

DIE STÜTZE 1/90, 12. 1. 90, S. 3/4

Für sich selbst sprechen

Wochenpost: *Seit Jahren fordern viele Behinderte und ihre Angehörigen in der DDR einen Verband, in dem sie sich selbst vertreten können und nicht andere über sie reden und entscheiden. Warum hat es diesen Verband bisher nicht gegeben? Paßte er nicht ins Bild von der heilen Welt?*

Dr. Seifert: Wenn man es ganz hart formulieren will, dann war es wohl so. Vor allem wurde die Gründung des Verbandes vom Ministerium für Gesundheitswesen verhindert, weil die Auffassung herrschte: Partei – das heißt die alte SED – und Staat sorgen für alle. Also sei ein Verband für die Behinderten in der DDR nicht nötig. Unser Interessenvertreter, wie der aller Werktätigen, sei der FDGB.

Diese verbreitete Illusion führte dazu, daß alle Bemühungen, alle Anträge jahrelang abgelehnt wurden. Oft mit hanebüchenen Begründungen, etwa: Eine solche Organisation würde ausufern, die Herzkranken könnten dann ja auch eine fordern! So wurden wir abgewiesen.

Wochenpost: *Sie gaben trotzdem nicht auf?*

Dr. Seifert: Nein. Trotz der Mißerfolge haben viele Interessierte weitergearbeitet, beispielsweise in Gruppen bei der evangelischen Kirche, in Klubs. Ich selbst bin seit Jahren Mitglied der Gesellschaft für Rehabilitation, einer medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaft, die auch einige Behinderte aufnimmt. An meinen ersten Auftritt dort erinnere ich mich noch sehr genau. Es war in Leipzig, in der Kongreßhalle. Im ersten Stock, für mich unerreichbar, gab es eine Ausstellung, die Hilfsmittel, auch den damals neuen Rollstuhl aus DDR-Produktion, zeigte. Ein Rechenschaftsbericht der Gesellschaft sprach von großartigen Erfolgen. Ich meldete mich danach zu Wort, vor 300 Leuten, zum ersten Mal. Auf meine kritischen Bemerkungen folgte nur Stille, eisige Stille.

Die wenigen Behinderten haben in der Gesellschaft für Rehabilitation im Grunde nichts bewirken können. Wir sind zu Wort gekommen, weiter nichts. Als ich beispielsweise damals die Konstrukteure des viel zu schweren Rollstuhls fragte, warum

sie nicht erprobte, gut funktionierende Modelle aus der BRD nachbauten, meinten sie: Da haben wir auch unseren Stolz. Jede weitere Diskussion war sinnlos.
Als im Oktober nun die alten Strukturen in der DDR öffentlich in Frage gestellt wurden, war klar, daß in unserem Interesse etwas geschehen muß. Wenn in unserem Land ernsthaft das Leistungsprinzip gelten wird, was ich für notwendig halte, entsteht ein noch viel stärkerer Druck auf die Schwachen als bisher. Das heißt: Jetzt können wir nicht mehr ohne eine eigene Interessenvertretung leben. Wir sind gezwungen, sofort zu handeln.
Wochenpost: *Was ist bisher geschehen?*
Dr. Seifert: Es zahlt sich aus, daß jahrzehntelang vorgedacht wurde. Verschiedene Entwürfe für Programm und Statut eines Verbandes existieren. Kontakte zwischen Klubs und Gruppen funktionierten seit langem oder waren schnell wieder zu knüpfen.
Eine Berliner Initiativgruppe zur Gründung des Behindertenverbandes fand sich. Ähnliche Initiativen entwickelten sich in Leipzig, Schwedt und anderen Städten. So viele einzelne Bemühungen wirken vielleicht chaotisch, aber ich halte sie für wichtig. Der Verband muß von der Basis aus wachsen. Überall müssen die Leute zusammenfinden und erst einmal ihre Probleme benennen. Das war bei uns in Berlin auch so. Jeder von uns braucht es, seinen Frust rauszulassen. Wir sind inzwischen zu konstruktiven Schritten gekommen, haben in mühevoller, auch körperlich anstrengender Arbeit zehn Gruppen gebildet, jede hat einen oder zwei Sprecher gewählt.
Wochenpost: *Wie geht es jetzt weiter.*
Dr. Seifert: Der Sprecherrat kämpft um einen Platz am Runden Tisch in Berlin. Der Oberbürgermeister muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß es uns gibt. Zehn Prozent der Menschen in der DDR sind behindert, die kann man nicht einfach vergessen. Der Bezirksarzt hat der Initiativgruppe schon mehrere Male ein eigenes Gebäude versprochen. Dieses Versprechen muß er halten. Zwei Etagen im FDGB-Palast erscheinen mir als geeignete Variante. Dort ist ein behindertengerechter Arbeitsstil möglich, und der Bau ist für Rollstuhlfahrer zu erreichen. Nicht-

behinderte vergessen dieses Problem oft. Ich konnte als Invalide schon immer viel leichter ins Europa-Center als in die Neubauschule meiner Kinder, die als üblicher Typenbau mit vielen Stufen vor dem Eingang versehen ist. Um solche Dinge wird sich unsere Arbeitsgruppe „Bauwesen und Verkehr" kümmern. Wir haben konkrete Vorstellungen, was verändert werden muß. Schon lange vorhandene Richtlinien für Neubauten müssen jetzt endlich verbindlich werden! Jedes neuentstehende Haus soll für Behinderte zugänglich sein. Mit solchen Fragen befassen sich die Arbeitsgruppen. Dabei kann es nicht Aufgabe des künftigen Verbandes sein, selbst Wohnungen zu verteilen und Arbeitsplätze zu beschaffen. Wir sollten vielmehr kontrollieren, wie das geschieht, denke ich.

Wochenpost: *Braucht die Initiativgruppe Hilfe?*

Dr. Seifert: Behinderte sind darauf angewiesen, auch bei einem solchen Projekt, aber die Hilfe darf uns nicht entmündigen. Wir müssen selbst stark werden. Unterstützung nehmen wir gerne an. Aber es ist zu merken, daß jetzt schon alle Wahlkampf betreiben. Die Parteien reißen sich geradezu um uns. Auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband der BRD und der Verband der Freidenker bieten Hilfe an. Wir sind froh darüber, aber wir lassen uns von niemandem vereinnahmen.

Wochenpost: *Wann wird der Verband gegründet?*

Dr. Seifert: Ich hoffe, im März. Unsere Arbeitsgruppe „Rechtsfragen" und die Geschäftsstelle bereiten das vor. Wir beanspruchen als Berliner nicht die Führung, sind aber bereit, die DDR-weite Gründung des Verbandes zu koordinieren. Wir würden alle Interessierten und Vertreter des Ministerrates einladen, das ist unser Angebot. Verschiedene Parteien haben vorgeschlagen, die Gründungsveranstaltung sehr großzügig zu unterstützen.

Mit den schon lange bestehenden Verbänden der Blinden und Sehschwachen und der Gehörlosen und Schwerhörigen möchten wir gern zusammenarbeiten. Ob wir später einen gemeinsamen Dachverband brauchen, wird man sehen. Auch das muß von der Basis aus wachsen.

Das Gespräch führte Claudia von Zglinicki

Wochenpost 1/90, 4. 1. 90, S. 6

Liebe Leser!

In diesem Moment halten Sie die erste Ausgabe eines neuen Journals in der Hand. Ich freue mich, es Ihnen empfehlen zu dürfen.

Vielleicht halten Sie es auf den ersten Blick für vermessen, daß wir unser bescheidenes Blättchen DIE STÜTZE nennen? Wer stützt sich worauf? Oder auf wen? Zunächst einmal: so mancher von uns benötigt ganz einfach eine (Unterarm-)Stütze, um überhaupt voranzukommen. Für ein Blatt, das sich den Problemen Behinderter zuwendet, also möglicherweise als Symbol akzeptabel?

Aber, mit STÜTZE verbinden wir, die wir zunächst die Herausgabe übernahmen, natürlich noch einiges mehr. Warum sollte zukünftige Sozialpolitik, der sich der Behindertenverband verpflichtet fühlen wird, nicht zu einer Stütze der Gesellschaft werden, zu einer tragenden Säule? Sozialpolitik darf nicht länger in willkürlichen Gnadenakten Almosen verteilen. Vielmehr kann und muß sie einem zentralen Wert humanistischer Zivilisation materielles und moralisches Gewicht verleihen: indem sie Kreativität, Wirtschaftlichkeit, Effektivität und individuelles Engagement in stimulierender Weise tatsächlich auf die Menschen richtet. Auf Menschen, die aufgrund von angeborener oder durch Krankheit bzw. Unfall erworbener Behinderung ständig bestimmter Voraussetzungen bedürfen, um ganz selbstverständlich am öffentlichen und privaten Leben teilhaben zu können.

Wir Behinderten machen 10–12 Prozent der Bevölkerung aus. Warum also sollte sich die Gesellschaft, deren Teil wir sind, nicht auch auf uns stützen können? Nicht nur diejenigen von uns, die im Berufsleben stehen, leisten etwas. Auch das Lächeln eines Kindes, das infolge starker geistiger und körperlicher Beeinträchtigung lebenslanger, weitgehender Hilfe bedarf – und wir wissen, was das heißt –, auch dieses Lächeln gibt nicht nur den Eltern Kraft, baut auf, stützt.

Auf dieses Blatt soll sich jeder stützen können, der seine programmatischen oder praktischen Vorstellungen zukünftiger

Sozialpolitik der öffentlich Debatte stellen will. Sei es im Wahlkampf, sei es auch im politischen Alltags-Geschäft. Unabhängigkeit gestattet uns, jeder Partei gleiche Chancen einzuräumen, jedem aufmerksam und unvoreingenommen zuzuhören. Hier wird er einen Leserkreis finden, der mit kritischem Sachverstand reagiert. Und er darf sich dessen gewiß sein, daß DIE STÜTZE laut nachfragt, wie es denn um das Einlösen von Zusagen und Versprechungen steht. Dabei werden wir selbstverständlich jeden auf der Suche nach demokratischen Mehrheiten unterstützen, der die sozialen, ökonomischen, rechtlichen, baulichen, moralischen, kulturellen, sportlichen und anderen Belange Behinderter in angemessener Weise zum Ausdruck bringt.

Vor allem aber rechnen wir damit, daß Sie, liebe Leserinnen und Leser, DIE STÜTZE zu Ihrem Organ machen, in dem Sie sich frei zu allen Fragen äußern. Behinderungen sind meist nicht ursächlich zu beseitigen. Ihre Auswirkungen lassen sich jedoch erheblich mildern. Dazu erwarten wir Ihre Anregungen, Ihre Ideen, Vorschläge, Forderungen, Konzeptionen – und auch Ihre Wünsche.

Gestatten Sie mir bitte in diesem Sinne noch ein persönliches Wort: ich bekenne mich zur Idee des Sozialismus. Mag sie noch so mißbraucht und verraten worden sein. Ich meine, jetzt gilt es, ihre wahre Potenz freizulegen: soziale Gerechtigkeit und reale Entfaltungsmöglichkeit jeder Individualität als Voraussetzung für die freie Entfaltung aller. Deshalb möchte ich, daß DIE STÜTZE das Wort so meint, wie das auf „gut berlinisch" zahlreiche Plakate der Oktoberrevolution 1989 made in DDR forderten: Sozial-is-Muß!

In diesem Sinne lege ich dem jungen Blättchen meine besten Wünsche in die Wiege: möge es gedeihen!

In der Hoffnung, daß Sie ihm dabei behilflich sein werden, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Ilja Seifert

DIE STÜTZE 1/90, 12. 1. 90, S. 1/2

Keine Almosen, sondern echte Integration

Behindertenverband in Berlin gegründet

Am Sonnabend gründete sich der Bezirksverband Berlin des zukünftigen Behindertenverbandes der DDR. Mit dem amtierenden Vorsitzenden, Dr. Ilja Seifert, sprach Helga Schönwald.

Bisher wurde argumentiert, ein solcher Verband widerspreche dem Anliegen der Integration.

Im Gegenteil, wir wollen uns integrieren und dazu mit jedem zusammenarbeiten. Aber wir empfanden die bisherige „Beschäftigung" mit unseren Problemen als eine Art Almosen. Durch bauliche und geistige Barrieren sind wir aus wesentlichen Lebensbereichen nach wie vor ausgegrenzt. Wir brauchen einen eigenen Verband, der für unsere Interessen kämpft: für die der körperlich und geistig Behinderten, der psychisch Kranken und ihrer Angehörigen, für alle, die mit ihnen und für sie leben.

Diese neue Organisation wurde von Grund auf vorbereitet?

Basisorientiert und demokratisch, ja. Schon seit Wochen befassen sich Arbeitsgruppen mit unseren vordringlichen Interessen. Oberstes Ziel: Allen Betroffenen ein s e l b s t bestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu zählen vor allem menschenwürdiges Wohnen, Bildung für alle, Arbeit für alle. Wer das selbständige Wohnen nicht allein bewältigen kann, sollte das Recht auf entsprechende soziale Dienste, etwa durch den Zivildienst, haben. Weiter: Warum müssen behinderte Kinder gesondert, abgesondert erzogen werden? Das Recht auf Arbeit ist ja für jeden in der Verfassung verankert. Daß das so bleibt, auch weiter durchgesetzt wird, dafür werden wir kämpfen.

Wie arbeiten Sie mit Verantwortlichen für die Realisierung bestehender Gesetze zusammen?

Einzelne Bereiche allein können unsere Probleme nicht lösen. Deshalb fordern wir einen Beauftragten für Behindertenprobleme beim Ministerpräsidenten. 10 bis 12 Prozent der Bevölkerung sind mehr oder weniger gehandicapt.

Junge Welt 12/90, 15. 1. 90, S. 7

Aus der Post an uns:

Seit der Veröffentlichung der Berliner Kontaktadresse und erst recht seit der STÜTZE 1/90 erreichen uns unzählige Briefe aus allen Teilen der DDR, auch aus Berlin (West). Diese Zuschriften machen uns Mut. Sie enthalten Vorschläge, legen eigene Erfahrungen dar, stellen Forderungen auf, nicht selten sind in ihnen tragische Einzelschicksale geschildert. Wir versuchen, diese wichtigen Anregungen vor allem in der Tätigkeit unserer thematischen Arbeitsgruppen zu berücksichtigen. Häufig stoßen wir auf die Schwierigkeit, daß in einem Brief Probleme angeschnitten werden, die mehrere Arbeitsgruppen betreffen. Solange die Aufgaben ausschließlich ehrenamtlich und unentgeltlich gelöst werden müssen, bleibt es unmöglich, auch nur die mindesten Regeln des Anstands einzuhalten. In diesem Falle heißt das, daß wir nicht einmal gewährleisten können, daß jeder eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine detaillierte Antwort erhält. Dafür bitte ich im Namen des Berliner Behindertenverbandes in aller Form um Verständnis.

Trotzdem: schreibt weiter! Wir benötigen Eure Erfahrungen! DIE STÜTZE möchte der Diskussion unter Behinderten und deren Angehörigen und ständigen Helfern breiten Raum widmen. Natürlich können wir die meisten Briefe nur in sehr kurzen Ausschnitten zitieren. Aber wir bemühen uns, das Wesentliche zu erfassen. Selbst wenn die Redaktion anderer Meinung sein sollte, werden wir Vorschläge veröffentlichen. Wichtig sind uns Antworten, Pro und Contra. Nur dadurch kann unser gemeinsames Wissen anwachsen. Und es wird zum allgemeinen Konsens, wenn die Debatten öffentlich geführt werden.

Auch wenn wir gerade erst in der Gründungsphase des Behindertenverbandes sind, ist öffentliche Kritik erforderlich. Schreibt uns also bitte auch, was Euch an unserer Arbeit nicht gefällt, mag das den Umgangston betreffen oder die grundsätzliche Ausrichtung unserer Organisation, mag es sich um Eurer Ansicht nach fehlerhafte Einzelentscheidungen handeln

oder um faule Kompromisse, mag der gesamte Vorstand betroffen sein oder ein einzelnes Mitglied. Ich fürchte mich nicht vor Kritik, sondern vor dem Schweigen oder dem anonymen Murren. Wenn wir die Würde des einzelnen auch dann achten, wenn wir seine Handlungen scharf attackieren, werden uns auch geharnischte Vorwürfe voranbringen.

In diesem Sinne seien hier erste Leserzuschriften auszugsweise veröffentlicht. Auf lebhafte Reaktionen hofft

Ihr

Ilja Seifert

DIE STÜTZE 2/90, 7. 2. 90, S. 15

OFFENER BRIEF

**An die Regierung der DDR
und an
die Vorsitzenden aller Parteien und
demokratischen Bewegungen**

Der soziale Frieden ist gefährdet

Der provisorische Vorstand des DDR-weiten Behindertenverbandes ist empört über die Rasanz des Sozialabbaus in diesem Lande. Insbesondere die Brutalität der Entlassung von leistungsgeminderten Werktätigen und die Auflösung ganzer Brigaden von Einrichtungen stehen im krassen Widerspruch zur sogenannten „sozialen Abfederung" der Marktwirtschaft, zu der sich die Regierung, alle demokratischen Parteien und Bewegungen in der DDR in ihren Wahlprogrammen bekennen.

- Wie stehen Sie zur Entlassung von Behinderten?
- Wie stehen Sie dazu, daß Invalidenrentner nicht einmal Arbeitslosenunterstützung erhalten?
- Wie stehen Sie zum Kündigungsschutz für die Angehörigen und ständigen Begleitpersonen von Behinderten aller Schädigungsarten?
- Wie wollen Sie gewährleisten, daß die Fachleute für Rehabilitation in ihrem Beruf weiterarbeiten können?

Die neue Gesellschaft darf Behinderte nicht weiter ausgrenzen, sie muß ihre Integration gewährleisten.

Die Teilnehmer des 1. Vorbereitungstreffens zur
Gründung des DDR-weiten Behindertenverbandes

Dr. Ilja Seifert
amt. Vorsitzender

Rostock, 10. 2. 1990

DIE STÜTZE 3/90, 26. 2. 90, S. 3

Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Zeilen schreibe ich unter dem unmittelbaren Eindruck des ersten republikweiten Koordinierungstreffens zur Gründung des Behindertenverbandes, zu dem rund vierzig Delegierte aus fast allen Bezirken vom 9.–11. 2. 1990 in Rostock und Warnemünde zusammenkamen.
In heftigen Debatten einigten wir uns in wichtigen Punkten. Vor allem: wir beriefen für April d. J. den Gründungskongreß unseres Verbandes nach Berlin ein. Jeder Kreis kann dahin zwei Delegierte (und erforderlichenfalls eine Begleitperson) entsenden. Wählt also Eure Vertrauenspersonen und bevollmächtigt sie, in Berlin weitreichende Entscheidungen zu treffen.
Wir erstreben einen starken Verband, der nach außen hin Interessenvertreter von Behinderten aller Schädigungsarten sowie deren Angehörigen, Freunden und ständigen Helfern und nach innen Berater und Beistand für die Mitglieder und die neu von dauernder Schädigung Betroffenen wird. Jeder Behinderte, egal, ob psychisch krank, geistig-, körperlich- oder mehrfachgehandicapt, kann Mitglied werden. Thematische oder behinderungsspezifische Gruppen bilden ebenso die Basis wie Einzelmitgliedschaften. Entsprechend den territorialen Gegebenheiten sollte sich der Verband in Kreis- und Bezirks- bzw. Landesverbände gliedern. Als vorläufige Bezeichnung des Gesamtverbandes einigten wir uns auf „Behindertenverband der DDR". Endgültiges muß der Kongreß festlegen. Gleiches gilt für ein Symbol. Wir rufen dazu auf, Vorschläge einzureichen.
Jede Wahl unter uns wird demokratisch sein. In Rostock ergab sie ein vorbereitendes Arbeitspräsidium. Mir sprachen die dort Versammelten fast einmütig das Vertrauen aus, bis zum Kongreß als Vorsitzender zu fungieren. Nun will ich alles daransetzen, sie und Euch nicht zu enttäuschen, so daß wir im April einen Kongreß durchführen, der qualifizierte Beschlüsse fassen kann. Persönlich hoffe ich, mit meiner Arbeit auch gewisse Vorbehalte gegen Berlin, die im Zusammenhang mit der Kandidatur geäußert wurden, abbauen zu helfen. Das Engagement der im Rostocker „Club 81" Versammelten und die Sach-

kompetenz der Präsidiumsmitglieder geben mir den Mut, vertrauensvoll auf die vor uns liegenden, äußerst arbeitsintensiven Wochen zu blicken. Und ich vertraue auf Ihre Bereitschaft und Ihr Mittun. Die Post, die hier seit Wochen eingeht, stimmt optimistisch. Und wenn auch so manches noch provisorisch ist und irgendwie bescheiden aussieht, es sind gerade diese Anfänge, die die Zeichen im Lande setzen.

Liebe Freunde, wir stehen fast unerwartet vor der Situation, daß uns große gesellschaftliche Aufmerksamkeit zuteil wird. Kann sein, daß die freien Wahlen ein gerüttelt Maß Anteil daran haben. Aber wir haben jetzt nicht nur die seltende Chance, ein sehr differenziertes öffentliches Problembewußtsein zu etablieren, sondern auch langwirkende, praktische Maßnahmen einzuleiten, unseren Einfluß zu institutionalisieren. Daß dazu DIE STÜTZE und der Verband viel Kraft gewinnen, wünscht

Ihr

Ilja Seifert

DIE STÜTZE 3/90, 26. 2. 90, S. 1/2

Post an uns

Auch in dieser STÜTZE muß ich zuerst um entschuldigendes Verständnis dafür bitten, daß weder die Redaktion noch der Berliner Behindertenverband es bisher schafften, die riesigen Postschulden zu begleichen. Daß uns Ihre Zuschriften dennoch enorm wichtig sind, erkennen Sie sicher an unserer Praxis, möglichst viele Lesermeinungen in wesentlichen Auszügen zu veröffentlichen. Wir denken, daß das gegenwärtig mehr bringt als das formale Einhalten von Beantwortungsfristen. Deshalb: wir brauchen Ihre Briefe! Schreibt uns! DIE STÜTZE dient dem Erfahrungsaustausch. Welche Pläne habt Ihr? Wie realisiert Ihr sie? Wer hilft Ihnen dabei, wer steht im Wege, wer „mauert"? Ob wir per „Sie" oder per „Du" miteinander umgehen, ist mir egal. Aber aufeinander hören können – und wollen und müssen – wir.

Die Lage hat sich für uns in einer wesentlichen Position ganz entscheidend verändert. Gegenwärtig stehen wir mit unseren Problemen überall ganz vorn **im Rampenlicht**! Weitgehend stoßen wir auf Verständnis, auch dafür, daß wir unsere Probleme selbst artikulieren und originelle Lösungswege vorschlagen können. Auf diese Situation sind wir ungenügend vorbereitet. Jetzt genügt es nicht mehr, nur allgemeine Forderungen „in den Wald zu rufen". Konkrete Arbeit ist gefragt. Institutionen sind zu schaffen bzw. ist ihre Arbeitsweise **verbindlich** auf unsere Belange einzustellen. Wir müssen darauf achten, daß wir nicht in unserer Freizeit das tun, was hochbezahlte „Fachleute" seit Jahren liegen ließen. Wir können beraten und Vorschläge unterbreiten, auch kontrollieren und „scharf nachwaschen", wenn es erforderlich ist. Aber wir können nicht den Staatsapparat ersetzen. Wir haben auch nicht das Recht, uns gegenseitig zu verschleißen! Wieviele von uns arbeiten jetzt täglich 12 bis 14 Stunden? Wieviele kennen kein Wochenende mehr? Es gibt Zeiten, da ist so etwas nötig bzw. unvermeidlich. Aber Märtyrer nützen uns nichts, wir brauchen die „Aktivisten" auch in einigen Monaten noch. Wenn wir jetzt darangehen, die republikweite Verbandsgründung praktisch in Angriff zu neh-

men, so schaffen wir uns damit nur die **Voraussetzungen** für effektivere Arbeit. Die wird dann – hoffentlich – systematischer betrieben werden können. Vor allem aber ist **eigenverantwortliche Aktivität** jedes einzelnen erforderlich. Dazu gehört es, sich über die Initiativen der anderen Verbandsmitglieder zu informieren. Und ebenso, die anderen von den eigenen Erfolgen und Fehlschlägen in Kenntnis zu setzen. Deshalb ist uns diese Rubrik wichtig.

Und: schreiben Sie uns bitte auch, welche Rubriken Ihnen fehlen. Sollten wir Anzeigen veröffentlichen? Möchte jemand Gedichte und/oder Kurzgeschichten? Wenn ja, von Menschen mit Behinderung oder über sie?

Also, Freunde, nutzen wir die Gunst der Stunde! Niemand weiß, ob wir in wenigen Wochen, konkret: nach den Wahlen, noch immer so viele offene Mikrofone, Zeitungsspalten und Ämter vorfinden werden. Bis dahin muß unser Verband in der Öffentlichkeit so bekannt sein, daß niemand ihn mehr ungestraft übersehen darf. Unsere konzeptionellen Vorschläge müssen bis dahin in die praktische Politik eingegangen sein. Und auch unsere Sprecher müssen bekannt sein. Dazu benötigen wir jede Stimme, jede Meinung, alle Erfahrungen. Laßt uns Kraft aus den Erfolgen anderer Gruppen schöpfen und denen Mut geben, die sich in scheinbar auswegloser Lage finden. Daß DIE STÜTZE diesen Zielen dient, hofft

Ihr

Ilja Seifert

DIE STÜTZE 3/90, 26. 2. 90, S. 20/21

Neugegründeter Behindertenverband in der DDR über ein vereintes Deutschland

Sozialer Abstieg wird befürchtet

Bereits drei Monate nach der friedlichen Revolution in der DDR ist der Bruderverband des NHF (Behindertenverband Norwegens) voll in Aktion. In einem Exklusivinterview der Zeitschrift „handikapnytt" äußert der Vorsitzende des Verbandes, Ilja Seifert, daß es eine „Gummiwand" von Wohlwollen unmöglich machte, unter dem alten Regime eine unabhängige Organisation zu bilden. Herr Seifert meint besorgt, eine zu schnelle Wiedervereinigung könne zum Verlust der traditionellen Rechte der Behinderten in der DDR führen.
Bereits drei Wochen nach der friedlichen Revolution:

Behindertenverband organisiert sich in der DDR

„Wir sind dabei, unseren eigenen Behindertenverband zu bilden. Nachdem wir nun den ‚Mafia-Sozialismus' los sind, ist es uns, den Behinderten in der DDR, möglich, unsere eigene Organisation zu gründen. Der Gründungskongreß ist für den 20. bis 22. April anberaumt, zu dem der Behindertenverband Norwegens herzlich eingeladen ist.
Das ist ein großer Fortschritt für uns, aber wir sehen auch Probleme auf uns zukommen. Der rasche Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht nur vielversprechend. Wir legen Wert darauf, daß uns die in der DDR garantierten sozialen und ökonomischen Rechte erhalten bleiben, dabei nicht zuletzt das Recht auf Arbeit – auch für Behinderte", führt Dr. Ilja Seifert, Vorsitzender der vorläufigen Leitung des Behindertenverbandes der DDR, in einem Exklusivinterview gegenüber der Zeitschrift „handikapnytt" aus. Er ist selbst körperbehindert und seit einem Unfall im Jahre 1967 aufgrund einer Halswirbelverletzung an den Rollstuhl gefesselt. Er hat Literaturgeschichte studiert.

In den drei Monaten ist viel geschehen

Die Bildung des neuen Verbandes geht auf den „Aufruf zur Gründung eines Behindertenverbandes in der DDR", der von einer Initiativgruppe in Berlin Ende November letzten Jahres gestartet wurde, zurück. Aber erst im neuen Jahr kam die Arbeit richtig in Gang. Am 12. Januar erschien zunächst die erste Nummer der Zeitschrift „DIE STÜTZE", die Bruderzeitschrift von „handikapnytt". Die 2. Nummer, deren Umfang sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf 24 Seiten verdoppelt hatte, wurde am 7. Februar herausgegeben.

Einfach, aber wichtig

„DIE STÜTZE" ist keine protzige, schön aufgemachte Publikation, sondern ein einfaches in schwarz-weiß gehaltenes Blatt ohne Illustrationen und Werbung. Um so wichtiger ist der Inhalt. Die Zeitschrift wird im ganzen Land vertrieben und dient als wichtiges Hilfsmittel bei der Bildung von Initiativgruppen und lokalen Vereinigungen in Stadt und Land. Unserer Redaktion von „handikapnytt" wurde eines der letzten Archivexemplare der ersten Nummer von „DIE STÜTZE", ein wirklich historisches Kleinod, übergeben.

Landesversammlung

Am 10. Februar – eine Woche vor dem Besuch von „handikapnytt" – fand in Rostock die erste Landesversammlung des Verbandes statt, auf der wurde eine vorläufige Leitung mit Ilja Seifert an der Spitze gewählt und der Beschluß gefaßt, den Gründungskongreß für April einzuberufen.

Eigene Büros

„handikapnytt" sucht Herrn Seifert zu Hause in seiner Wohnung in der 12. Etage eines Hochhauses in der Leipziger Straße, mitten im Zentrum von Ostberlin, auf, wo er mit seinen Eltern lebt. In dieser Wohnung hat er sich ein eigenes Büro eingerichtet. Der Verband verfügt seit kurzer Zeit über eigene Büroräume. Zunächst kam er beim ostdeutschen Freidenkerver-

band (entspricht etwa unserem Humanistisch-ethischen Verband) in der Invalidenstraße unter. Nun ist die Bruderorganisation des NHF jedoch in kleine, aber praktische Räume am Märkischen Ufer umgezogen, ganz idyllisch an der Spree gelegen. Das große Bürohaus zeichnet sich durch eine breite Rollstuhlschräge am Eingang aus und verfügt über für Behinderte reservierte Parkplätze in der unmittelbaren Nähe.

Das Recht auf Arbeit

„Es bedeutet doch nicht einfach, daß die DDR ein Entwicklungsland ist, weil dort Rechte und Maßnahmen für Behinderte gelten. Ganz im Gegenteil! Unsere Gesellschaft hat eine ganze Reihe von Werten, um deren Erhalt die Behinderten kämpfen müssen", unterstreicht Herr Seifert.
„Fast alle Behinderten in der DDR haben Arbeit und müssen um den Erhalt des für uns durch die Verfassung garantierten Rechtes auf Arbeit kämpfen, unabhängig davon, was geschieht. Alle können bis zu 400 Mark zur Rente hinzuverdienen und bestimmte Gruppen über unbegrenzte Einkommen verfügen, ohne Renteneinbuße zu haben. Natürlich könnten sowohl die Renten als auch die Gehälter höher sein, entscheidend ist aber, daß wir – so wie alle anderen DDR-Bürger – das uneingeschränkte Recht auf Beschäftigung haben. Wir sind besorgt, daß dies verloren gehen könnte", so der Vorsitzende des Behindertenverbandes.

Erschwingliche Wohnkosten

Es gibt auch andere Rechte, die es wert sind, erhalten zu bleiben. So z. B. auf dem Gebiet der Wohnungspolitik. Allerdings stellen bestimmte Einrichtungen ein nicht unbekanntes Wohnangebot dar, nur fehlt jegliche Übersicht darüber, für wieviele und für welche Behinderten der DDR dies die einzige Alternative ist. Viele jedoch leben in eigenen Wohnungen und zu Preisen, von denen wir in Norwegen nur träumen können.
Im allgemeinen gelten in der DDR niedrigere Mieten, und besondere Vorteile sind für die Behinderten lebensnotwendig.

Maximal 5 Prozent des Einkommens eines Haushaltes müssen für die Miete aufgebracht werden. „Für mich bedeutet das 5 Prozent meines und des Gesamteinkommens meiner Eltern", berichtet Ilja Seifert.

Fortschritte, aber langsam

Neben anderen zu erhaltenden Rechten erwähnt Herr Seifert den gebührenfreien Empfang von Rundfunk und Fernsehen, die 50prozentige Ermäßigung bei Kino- und Theaterveranstaltungen.
In den letzten Jahren hat sich in Berlin auch ein Transportservice entwickelt. Die Städteplaner und Behörden beginnen nun damit, u. a. Maßnahmen zu ergreifen, um die Beweglichkeit von Behinderten auf Straßen, Plätzen, in öffentlichen Einrichtungen usw. zu fördern, z. B. durch Herabsetzen der Bordsteinkanten. „Es geht zu langsam, aber es geht voran", meint Herr Seifert.

Organisation

Um den Prozeß zu beschleunigen, ist es natürlich wichtig, daß sich die Behinderten organisieren und die Behörden unter Druck setzen. Es gab Diskussionen, ob mehrere Organisationen in Abhängigkeit von der Art und dem Grad der Behinderung oder ob eine gemeinsame Organisation gegründet werden sollten. Die Meinungen sind geteilt. In Leipzig geht die Tendenz dahin, mehrere Organisationen zu bilden. Aber im Landesmaßstab wird vorerst nach dem Prinzip einer gemeinsamen Organisation gearbeitet, um gemeinsamen Forderungen den größtmöglichen Nachdruck verleihen zu können. Gleichzeitig wird den speziellen Interessen genügend Rechnung getragen.

Arbeitsgruppen

Einige Arbeitsgruppen wurden bereits ins Leben gerufen, die sich besonders mit juristischen Fragen beschäftigten (darunter Vorschläge zum Statut für den neuen Verband), für Öffentlich-

keitsarbeit (diese Arbeitsgruppe wird von Herrn Seifert geleitet), für die medizinische Beratung, für Gebäude- und Transportfragen, Rehabilitation, Arbeit für alle, Bildung für alle, für die Arbeit von Interessengruppen von geistig Behinderten, für menschenwürdige Wohnungen, Reisetätigkeit, Erziehung sowie Kultur und Sport.

Beeinflussung von Haltungen

Die Einflußnahme auf Haltungen in der Bevölkerung ist auch in der DDR notwendig.
„Da jahrelang viele Dinge verschwiegen wurden, herrschen unter der Bevölkerung Unwissenheit und eigenartige Auffassungen, Haltungen also, die wir bekämpfen müssen. Einzelne Gruppen, z. B. Rollstuhlfahrer, werden eher akzeptiert als geistig Behinderte. Dennoch möchte ich sagen, daß das Verständnis gegenüber Behinderten zunimmt. Ich will nicht verschweigen, daß es nach wie vor viele dumme und z. T. gefährliche Tendenzen, besonders unter den Ultrarechten, bösartigen Nationalismus, Fremdenhaß und das Verachten von Schwachheit gibt", führt Herr Seifert aus.

Wir müssen lernen, mit der Demokratie umzugehen

Vielleicht glaubt man, daß die rasche Entwicklung in Richtung Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten natürlich mit einem Beitritt in bereits existierende westdeutsche Behindertenorganisationen verbunden ist. Das ist jedoch nicht der Fall. Dazu erklärt Ilja Seifert:
„Wir müssen uns selbst organisieren, müssen lernen, mit der Demokratie umzugehen. Wir haben Kontakte zu unseren Bruderverbänden sowohl in der Bundesrepublik als auch in Westberlin hergestellt. Wir möchten aber in erster Linie mit **unseren** Behörden arbeiten. Und wir möchten eine eigenständige Organisation für Behinderte mit professionellen Leitern als Sprecher", meint Ilja Seifert.

Kontakte erwünscht

Ilja Seifert hält es für ebenso selbstverständlich, Kontakt mit Behindertenorganisationen in anderen Ländern zu knüpfen, so z. B. zu Österreich, der CSFR, den USA und Norwegen.
„Vorläufig fehlt uns jedoch die Zeit, um Kontakte zum Ausland im entsprechenden Umfang zu pflegen. Das muß bis nach dem Gründungskongreß warten, zu dem der Behindertenverband Norwegens herzlich eingeladen ist. Grüßen Sie Norwegen vielmals", sagt uns Dr. Ilja Seifert.

„Als stoße man auf eine Gummiwand"

„Daß wir früher keinen Behindertenverband in der DDR hatten, ist nicht auf Angst vor Verfolgung, Strafe oder offener Unterdrückung zurückzuführen. Ganz im Gegenteil! Die vielen Versuche, eine Organisation zu gründen, trafen auf Freundlichkeit und Verständnis. Doch wir bekamen zu hören, wir seien gut versorgt und hätten alle Rechte. Ein effektiver Staat dachte für uns, ebnete uns den Weg, verhinderte jedoch erfolgreich die Gründung einer Organisation, so, als stoße man gegen eine Gummiwand, einen unantastbaren Gegner, der eine Registrierung einfach unmöglich machte, der verhinderte, daß wir Geld sammelten und verwalteten, ein Bankkonto eröffneten, kurzum das öffentliche Auftreten als Organisation unterband."

Der Leiter des neuen Behindertenverbandes zählt geduldig die offensichtlich sinnlosen Hindernisse auf, die vom alten Regime in den Weg gelegt wurden, wenn es um Aktivitäten ging, die von den wenigsten als Bedrohung aufgefaßt werden konnten. Die Machthaber gingen kein Risiko ein. Alle freien Organisationen wurden als Keim oppositioneller Tätigkeit betrachtet.

Auf den Kopf gestellt

Nun ist die Situation in einer Rekordzeit auf den Kopf gestellt worden. Der Name des Staates Deutsche Demokratische Republik ist nicht mal mehr ein schlechter Witz. Neue Parteien und demokratische Organisationen schießen wie Pilze aus der Erde. Ilja Seifert beschreibt die Situation wie folgt:

„Die friedliche Revolution in der DDR hat den Mafia-Sozialismus gekippt. Darauf waren wir schon vorbereitet, wir hatten bereits im geheimen in kleineren Gruppen gearbeitet. Und in der kurzen Zeit, die seit Beginn all der Ereignisse vergangen ist – nur vier Monate – ist viel erreicht worden."

Große Aufmerksamkeit

„Unser neu zu gründender Behindertenverband hat an Aufmerksamkeit und Einfluß gewonnen. Binnen kurzem sind viele Parteien gegründet worden, und alle bemühen sich um gute Verbindungen zu uns. Das trifft auch auf die PDS zu, nicht zuletzt auf die PDS", unterstreicht Herr Seifert. (PDS ist die umorganisierte Nachfolgepartei der früheren SED, der staatstragende, kommunistischen Partei, D. Red.)

Große Wählergruppe

„Wir gehen davon aus, daß 12,5 Prozent der Wähler Behinderte sind. Damit bilden wir eine Kraft, an der die Parteien nicht vorbeigehen können. Nachdem wir 40 Jahre lang „tot" waren, stehen wir nun im Blickfeld der Öffentlichkeit, nicht zuletzt in den Medien. Alle politischen Strömungen müssen die sozialen Fragen ernst nehmen und eine Politik für Behinderte entwickeln. Und das müssen sie gemeinsam mit uns tun. Wir stehen über den Parteien. Wir müssen die demokratischen Kanäle nutzen, um die Interessen der Behinderten zu fördern."

Eigene Listen aufstellen

Die erste Kraftprobe werden die Volkskammerwahlen am 18. März sein. Einige Parteien haben unabhängige Kandidaten aus unseren Reihen nominiert. Zu den späteren Kommunalwahlen können die Organisatoren eigene Listen aufstellen, und wir werden davon sicher Gebrauch machen. Wir erachten es als sehr wichtig, auf der kommunalen Ebene vertreten zu sein, wo viele lebensnahe, praktische Beschlüsse gefaßt werden", hebt Ilja Seifert hervor.

„Werden die Wahlversprechungen eingehalten?"

Herr Seifert weiß nur zu gut, daß Demokratie auch gebrochene Wahlversprechungen bedeuten kann.

„Gerade jetzt treffen wir auf ausgesprochen großes Verständnis der politischen Parteien. Oft sind sie übereifrig und scheinen ihre Versprechungen auf Illusionen aufzubauen. Es wird sich zeigen, wie es um ihr Interesse für die Behinderten bestellt ist, wenn die Wahlen vorüber sind", beschließt Ilja Seifert seine Ausführungen.

Übersetzung aus „handikapnytt", Zeitschrift des Behindertenverbandes Norwegens, Nr. 2 – 1990 (März)

Gedanken zur Kraft unseres Verbandes

Integration sollte bei uns selbst beginnen

Jetzt, wenige Wochen bevor wir einen starken Behindertenverband in der DDR offiziell gründen wollen, drängen einige Fragen seiner künftigen Struktur mit Macht in den Vordergrund. DIE STÜTZE veröffentlichte dazu bereits etliche Leserbriefe, darunter recht konträre Meinungsäußerungen. Im Alltag des sich bildenden Verbandes stoßen wir immer wieder auf ein Kardinalproblem: **Soll die thematische oder die behinderungsspezifische Arbeit im Vordergrund stehen?** Die Praxis zeigt, daß es nicht um ein Entweder/Oder geht. Am Ende werden stets Kombinationen beider Varianten angewandt. Das erscheint mir vollkommen normal. Dennoch ist es nicht unwichtig, welches künftig unser Hauptaspekt sein soll.

Rundheraus: ich plädiere für einen vorwiegend thematischen Aufbau unseres Verbandes. In meinen Augen sprechen dafür mehrere gewichtige Argumente:

Erstens wirken derartige Arbeitsgruppen (an der Basis und auch im Gesamtverband) von sich aus integrierend. So „ganz nebenbei" lernt man in ihnen die spezifischen Probleme anderer ein bißchen besser verstehen. Und zwar in der praktischen Arbeit am Detail! Das ist in meinem Verständnis ein wesentlicher Schritt zur Integration: gegenseitiges Kennenlernen, dem wechselseitiges Akzeptieren folgt, Achtung voreinander, gemeinsames Handeln, miteinander leben. Was anderes soll Integration sein? **Wir können schwerlich von „der Gesellschaft" die Integration „der Behinderten" fordern, wenn wir schon untereinander uneins sind.** Warum also wollen wir schon von unserer Verbandsstruktur her einen gegen den anderen ausspielen, zum Beispiel Querschnittsgelähmte gegen geistig behinderte Menschen, Amputierte gegen MS-Kranke, psychisch Kranke gegen Spastiker? Ich meine, daß es an uns ist, zuerst die Gemeinsamkeiten zu entdecken und diese als übergreifende Interessen nach außen hin zu vertreten.

Zweitens sind wir gezwungen, alle Argumente auch der andersbehinderten Gruppenmitglieder hinreichend zu berücksichtigen, wenn sich Menschen unterschiedlichster Schädigungsarten zu einem beliebigen Sachthema verständigen. Unter Umständen können sich ja die Ausgangsinteressen geradezu entgegenstehen. Als klassisches Beispiel läßt sich hierzu anführen, daß Rollstuhlfahrer sanfte, möglichst unmerkbare Übergänge vom Bürgersteig auf die Straße wünschen, während blinde Menschen mit ihrem Langstock die Kante als Markierung unbedingt brauchen. Nun, wenn man sich verständigt, finden sich Kompromisse, mit denen alle zufrieden sind.
Drittens sind die in solchen Gruppen erarbeiteten Standpunkte, Vorschläge, Konzeptionen usw. relativ leicht auf die Apparate der praktischen Politik übertragbar. Die Erfahrung des Berliner Behindertenverbandes belegt eindrucksvoll, daß Magistratsverantwortliche nahezu aller Fachressorts sehr rasch begriffen, mit welcher **Sachkompetenz** ihnen von Mitgliedern unserer Arbeitkreise konkrete Politikangebote unterbreitet werden. Selbst auf Regierungsebene liegen bereits derartige Erfahrungen vor. Wir werden dort ernst genommen, weil wir wirklich etwas zu sagen haben! Denn die Arbeitsgruppen vertreten tatsächlich die (sozial)politikrelevanten Aspekte aller (oder von Fall zu Fall zumindest vieler) Menschen mit Behinderung und nicht enge Gruppeninteressen.
Aber natürlich wollen wir die behinderungsspezifischen Aspekte nicht geringschätzen. Es wäre töricht, sie zu ignorieren. Vor allem in unserer Arbeit nach innen gewinnen sie an Bedeutung. Denn selbstverständlich zeigen sich im Detail sehr große Unterschiede in den konkreten Erfordernissen und Bedürfnissen von Menschen mit verschiedenen Behinderungen. Deshalb freue ich mich über das Entstehen von Selbsthilfegruppen, Vereinigungen und ähnlichem. Sie sind der Ausdruck unserer Basisorientiertheit. Wo derartiges gebraucht wird, finden sich Aktivisten, die es schaffen. So nutzte ich beispielsweise gern die Gelegenheit, am 3. 3. 1990 den Delegierten zur Gründung einer DDR-weiten Multiple-Sklerose-Vereinigung herzliche Grüße und die Einladung zur Mitarbeit in unserem

(Dach)Verband zu überbringen. Mit der Vereinigung Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen – Berlin (DDR) funktioniert die Zusammenarbeit gut.
Ich denke mir, daß der Verband, wenn er dereinst in voller Blüte steht, so etwas wie ein **zweikammriges „Parlament"** haben könnte. Warum sollte es neben dem **gewählten Vorstand**, der aus einzelnen Mitgliedern gebildet wird, die das Vertrauen des Delegiertenkongresses gewannen, nicht einen **„Rat der Vorsitzenden"** geben, in dem die einzelnen Vereinigungen ihre Interessen wahrnehmen? Noch hat es ein wenig Zeit, bis sich solche Strukturen bilden. Aber nachdenken müssen wir jetzt darüber! Intensiv. Überall. Ich lade jeden ein, seine Meinung dazu öffentlich zu äußern. Sei es in der STÜTZE, sei es als Delegierter auf dem Gründungskongreß. Wenn unser Verband stark sein soll, muß er effektiv arbeiten. Dazu brauchen wir Vorschläge, Erfahrungen, Ideen! Integration muß bei uns selbst beginnen. Das hat viel mit Demokratie zu tun.

Ilja Seifert

DIE STÜTZE 4/90, 20. 3. 90, S. 13–15

An den Ministerpräsidenten

Humanistische Grundhaltung eingefordert

Berlin, 8. 4. 1990

Sehr geehrter Herr Dr. de Maizière!

Voller Sorge, aber auch mit großer Hoffnung, wendet sich der Behindertenverband an Sie, den designierten Ministerpräsidenten der DDR, ob bei der bevorstehenden Umgestaltung der DDR die historische Chance der Schaffung einer menschengerechten, das heißt einer behindertengerechten Gesellschaft genutzt wird. Aus der Sicht des Behindertenverbandes ergeben sich dafür folgende Möglichkeiten:

1. Absicherung der Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien durch folgende in der Verfassung verankerte Grundsätze bzw. garantierte Rechte:

- Grundsatz der Anti-Diskriminierung (ausgestaltet durch ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz)
- lebenslanges Recht auf Rehabilitation (gestützt auf ein Rehabilitations-Gesetz)
- Recht auf ein menschenwürdiges Leben (garantiert durch ein einklagbares soziales Recht).

2. Berücksichtigung der speziellen Erfordernisse und Bedürfnisse bei allen künftigen Rechtsvorschriften, und zwar nicht nur im neuen Schwerbehinderten- und Sozialrecht, sondern insbesondere auch im Wirtschafts-, Steuer-, Finanz-, Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-, Bildungs-, Hochschul-, Wissenschafts-, Kommunal- und Verwaltungsrecht.

3. Die Schaffung effektiver staatlicher Strukturen, damit in den Umgestaltungsprozessen und in der künftigen sozialen Marktwirtschaft der humanistische Aspekt einer menschengerechten Gesellschaft als einer behindertengerechten praktisch verwirklicht werden kann.

Dazu ist aus unserer Sicht notwendig, daß

- ein Behindertenbeauftragter beim Ministerpräsidenten, mit Sitz und Stimme im Kabinett,
- ein von der Volkskammer berufener Beirat für Behinderten-

politik, der diesen Beauftragten berät und stützt,
- analoge Strukturen in den Ländern, Kreisen und Kommunen,
- Arbeitsgemeinschaften oder Beiräte mit allen Ministerien

geschaffen werden.
In diesen Gremien müssen die Behindertenverbände Sitz und Stimme haben.
4. Erhaltung aller bestehenden Rechtsvorschriften und Rechte für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen, deren Inhalt über das gegenwärtig in der BRD geltende Behinderten- und Sozialrecht hinausgeht.
Die Gesamtheit aller Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen für Menschen mit Behinderung und im Alter sind weder gewinnträchtig noch profitabel – und deshalb **nur aus einer humanistischen Grundhaltung aller gesellschaftlichen Kräfte heraus** zu tragen und auszubauen.
Dazu ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig. Wir hoffen, dafür in Ihnen einen tatkräftigen Anwalt zu finden. Zugleich erlauben wir uns, dieses Schreiben sowie die beigefügte Anlage auch allen Volkskammerfraktionen zuzuleiten.

Hochachtungsvoll
Dr. Ilja Seifert
Amtierender Vorsitzender

DIE STÜTZE 6/90, 15. 5. 90, S. 18/19

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Diese Ausgabe der STÜTZE erscheint unmittelbar vor dem Gründungskongreß unseres DDR-weiten Behindertenverbandes. Und sie wird die letzte sein, die wir – zwar mit viel Enthusiasmus, aber dennoch unverkennbar amateurhaft – nur so „nebenbei" herausgaben. Ab Anfang Mai wird sie regelmäßig 14täglich herauskommen. Der Verlag Volk und Gesundheit nimmt sie mit Freude in sein Verlagsprogramm auf. Von diesem Moment an können wir nicht nur ein Abonnement garantieren, sondern auch dem Wunsch vieler von Ihnen entsprechen und einen Preis festsetzen: zunächst voraussichtlich 1,- M. Auch werden wir Werbung ermöglichen, darunter Kleinanzeigen, z. B. für Bekanntschaften.
Ein Teil des Überschusses kommt dem zukünftigen Verband zugute.
Ansonsten wird das Gesicht der STÜTZE bleiben, wie es ist: einfach, direkt, handlich, unaufwendig, leserorientiert – eine Zeitung von Menschen mit Behinderung für ihresgleichen, die Angehörigen, Freunde und ständigen Helfer selbstverständlich einbezogen.
Ich halte die operative, öffentliche Debatte unter uns für außerordentlich wichtig. Deshalb wird die ausführliche Leserbrief-Rubrik bleiben, und die Redaktion rechnet fest mit Ihrer Schreiblust – oder auch mit der Wut, die Sie vielleicht zur Feder greifen läßt.
Heute, am Abend des Sonntag (25. März), bewegt mich noch etwas anderes: vor wenigen Stunden endete das zweite republikweite Vorbereitungstreffen für den Gründungskongreß. Im Berliner FEZ (ehemals Pionierpalast) trafen sich Bekannte wieder, die bereits in Rostock um die gemeinsame Sache stritten. Und wir lernten neue Freunde kennen, die mit dem gleichen Engagement zu Werke gehen. Zwei Tage lang debattierten wir miteinander. Es gab Mißtrauen und Mißverständnisse, Anträge und Aufträge, laute Worte und Entschuldigungen, vor allem aber gab es das ernsthafte Streben nach Ergebnissen. Und so können wir dem Gründungskongreß einen abgestimmten

Satzungs-Entwurf vorlegen. Mag er noch so unvollkommen sein, mag es auf dem Kongreß vielleicht heftige Einwände geben, wir halten jedenfalls ein Papier in der Hand, über das es sich reden läßt!

In diesen Debatten fiel auch eine Vorentscheidung über den Charakter des zukünftigen Verbandes: nach dem Abwägen zahlreicher Argumente halten wir es für angebracht, dem Kongreß vorzuschlagen, sich zu einem **Dachverband** zu konstituieren, in dem sich die Bezirks- bzw. Landesverbände sowie republikweit organisierte behinderungsspezifische Vereinigungen freiwillig zusammenschließen können. Damit glauben wir, dem föderalistischen Gedanken am besten entsprechen und zentralistischer Machtanhäufung vorbeugen zu können.

Viele Fragen blieben auch jetzt noch offen. So die nach dem endgültigen Namen des entstehenden Verbandes. Darüber werden die Delegierten des Kongresses entscheiden. Bisher sind solche Vorschläge im Gespräch wie: Die Andere Norm (DAN); Bund; Allgemeiner Deutscher Behindertenverband (ADB); Allgemeiner Behindertenbund (ABB); Unabhängiger Behindertenverband (UBV); Verband der Behinderten (VdB) und andere.

In der nächsten Ausgabe der STÜTZE werden wir den neuen Namen laut und stolz aussprechen. Daß der Kongreß dieses Ergebnis (und noch einige andere) bringt, hofft

Ihr

Ilja Seifert

DIE STÜTZE 5/90, 10. 4. 90, S. 1/2

Einander akzeptieren und sich beistehen

Vor dem Gründungskongreß des Behindertenverbandes der DDR am 13./14. April in Berlin
NEUE ZEIT im Gespräch mit Dr. Ilja Seifert über Anliegen, Strukturen und bevorstehende Aufgaben

In Unsicherheit und in Angst vor dem Morgen leben in diesen Monaten viele von uns. Das ganze soziale Umfeld ist in Veränderung begriffen. Wird man es z. B. im Arbeitsalltag schaffen können, so fragt man sich, den künftigen, marktwirtschaftlich geprägten Anforderungen zu genügen? Da ist mit Gewißheit Leistung gefragt und Durchhaltevermögen. Ist man für den Krankheitsfall hinreichend versichert? Wird die Rente genügen, um die steigenden Lebenskosten tragen zu können?
Weit mehr als alle anderen in unserem Land leiden die behinderten Bürger unter derzeitiger Ungewißheit. Für sie, die sowieso Benachteiligten, ist es schwer, dem Druck standzuhalten. Und es sind nicht wenige, die diesem Kreis zuzuzählen sind. Denn mindestens jeder zehnte Bürger, so sagt es die DDR-Statistik, ist körperlich oder geistig beeinträchtigt, ist psychisch krank, oder er leidet an einer chronischen Erkrankung; nicht selten ist auch eine Mehrfachschädigung vorhanden. Viele dieser direkt von einer Behinderung Betroffenen können nur in begrenztem Umfang beruflich tätig sein, aber wie lange noch wird man ihnen den geschützten Arbeitsplatz lassen? Andere können überhaupt nicht arbeiten, und sie bangen gemeinsam mit ihren Angehörigen, ob ihnen künftige gesetzliche Regelungen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Wird man sie als gleichwertige Glieder der Gesellschaft gelten lassen und ihnen wirkliche Chancen für die Bewältigung ihres Lebens einräumen, oder sollen sie ins Abseits gedrängt werden, wie es vielen von ihnen bereits widerfahren ist?!
Diese und andere Fragen, Vorstellungen und berechtigte Forderungen wurden in jüngster Zeit immer häufiger und nach-

drücklicher an verschiedenster Stelle laut – in zahlreichen schädigungsspezifischen DDR-Verbänden ebenso wie in den ungezählten Arbeits- und Initiativgruppen, die sich in den Territorien und auf Länderebene vielfach ganz spontan gebildet haben. Notwendig aber macht sich, um offiziell verhandlungsfähig zu sein und Ansprüche bei der Regierung anmelden zu können, ein Dachverband. Und nunmehr steht seine Bildung unmittelbar bevor: Der Gründungskongreß eines DDR-weiten Behindertenverbandes findet am 13./14. April im Freizeit- und Erholungszentrum in der Wuhlheide statt. Aus jedem Kreis der DDR werden zwei Delegierte, gegebenenfalls mit Begleitperson, erwartet; außerdem sind Gäste aus dem In- und Ausland geladen, so daß mit insgesamt rund 650 Teilnehmern gerechnet wird.

Näheres dazu erfragte NEUE ZEIT von einem an der Gründungsvorbereitung des Verbandes maßgeblich Beteiligten, von Dr. phil. Ilja Seifert, Mitglied der Volkskammer. Der 38jährige Literaturhistoriker, seit 1967 querschnittsgelähmt und seitdem Rollstuhlfahrer, weiß aus eigenem Erleben nur allzu gut um die Vielfalt der Probleme geschädigter Bürger. Und er möchte helfen, sie zu lösen.

Wer wird Mitglied im Verband werden können?

In den Basisorganisationen alle Behinderten, gleich, welcher Art ihre Behinderung ist, sowie Angehörige, Freunde und Helfer. So ist es im Satzungsentwurf festgelegt. Die Dachorganisation dann vereint die Länderverbände und die republikweit arbeitenden behinderungsspezifischen Organisationen.

Welchen Aufgaben räumt der neue Verband das Primat ein?

Wichtig ist es für jeden Menschen, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen zu können. Jeder will selbst entscheiden, was er und wie er etwas tut. Der Mensch mit Behinderung braucht dafür viele spezielle Voraussetzungen. Die müssen wir ihm, wollen wir nicht seine Abhängigkeit festschreiben, zugestehen und garantieren.

Von diesem Gedanken ausgehend stellt sich für den künftigen Verband als wichtigste Aufgabe die sozialpolitische Interessenvertretung seiner Mitglieder nach außen – der Regierung, dem

Parlament und anderen gegenüber. Und darüber hinaus geht es um die Verständigung im Verband selbst – um das Einander-Kennenlernen, das Erfassen der behinderungsspezifischen Belange des anderen, das gegenseitige Akzeptieren, das Einander-Beistehen.

Welchen Namen wird der neue Verband tragen?

Das wird auf der Gründungsversammlung festgelegt werden.

Die Veranstaltung in der Wuhlheide findet am Karfreitag und Ostersonnabend statt. Sehen Sie für die konfessionell Gebundenen unter den Teilnehmern nicht insofern ein Problem, als der Karfreitag wichtiger kirchlicher Feiertag ist?

Die Christen unter uns – dafür ist Sorge getragen – werden an diesem Tag einen Vespergottesdienst bzw. eine Messe besuchen können.

Woher kommen die für die Verbandsarbeit notwendigen finanziellen Mittel?

Wir brauchen gewiß eigene Beiträge wie auch staatliche und anderweitige Zuschüsse; Spenden werden wir nicht ausschlagen.

Wie ist im Satzungsentwurf der neue Verband charakterisiert, wer nimmt die Leitung wahr?

Der Verband versteht sich, so wurde es konzipiert, als eine demokratische, unabhängige, überparteiliche, überkonfessionelle und solidarische Vereinigung. Es wird ein gewähltes ehrenamtliches Präsidium geben und einen Verbandsrat, der sich aus den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände in den Ländern und der behinderungsspezifischen Organisationen zusammensetzt. Außerdem wird in Berlin eine kleine Geschäftsstelle eingerichtet.

Waren Ihnen und Ihren Mitstreitern in der Vorbereitungsphase Verbände anderer Länder Vorbild bzw. Helfer?

Wir haben Kontakte zu einigen bundesdeutschen Verbänden, die ebenfalls föderalistisch strukturiert sind. Allerdings wäre es meiner Meinung nach keineswegs richtig, sich ihnen unmittelbar anzuschließen. Wir müssen erst mit uns selbst zurechtkommen. Von den anderen lernen – gewiß, sich vereinnahmen lassen von ihnen – nein.

Sie nennen innerhalb der Aufgaben die sozialpolitischen Interessenvertretung der Behinderten an erster Stelle. Auf welche Weise wird der Verband sie wahrnehmen?
Es sind zwei Richtungen festzustellen, die gewiß beibehalten werden. Es gibt an der Basis und auf Länderebene zahlreiche themenspezifische Arbeitsgruppen, die sich engagiert und mit großer Sachkenntnis territorial für ihre Bürger mit Behinderung einsetzen. Sie legen Konzepte vor und erarbeiten Maßnahmepläne – ob für den Arbeitssektor, den des Wohnens, der Bildung, ob für das Bauwesen oder den öffentlichen Verkehr, um nur die wichtigsten zu nennen. Daneben existieren die behinderungsspezifischen Organisationen, die sich mit eben der spezifischen Problematik ihrer Mitglieder befassen.
Für den zu gründenden Verband steht die Aufgabe, die verschiedenartigen Aktivitäten und Forderungen, sofern sie von landesweitem Interesse sind, nach außen und mit e i n e r Stimme zu vertreten.
Fast täglich muß man hören, daß Behinderten der Arbeitsplatz genommen wird. Viele Betriebe zahlen lieber eine Strafe, die ohnehin nicht hoch ist, als daß sie ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen, auch Behinderte zu beschäftigen. Hier ist Hilfe für die Betroffenen doch gewiß am dringlichsten.
Ja, dieses Problems müssen wir uns vor allem annehmen, parallel dazu auch anderes in Angriff nehmen – dann können wir uns größeren Vorhaben wie der Schaffung von Modellen oder Pilotstudien zuwenden.
Für jeden, der es wünscht, muß eine Arbeit möglich sein, die seinen Fähigkeiten entspricht. Das Recht auf Arbeit braucht verfassungsmäßige Verankerung. Es sind gesetzliche Festlegungen zur Absicherung nötig – gleich, ob das mit Hilfe harter Sanktionen für die Betriebe oder mit Steuervergünstigungen oder zeitweisen Subventionen geschieht. Und es müssen auch tatsächlich alle Voraussetzungen dafür in der Praxis vorhanden sein. Auch Umschulungsmaßnahmen sind erforderlich. Das Spektrum, um das es geht, ist breit.
Sich verwirklichen, selbst aktiv sein, zum eigenen Lebensunterhalt wenigstens einen Teil beitragen – das ist auch und ge-

rade für den Menschen mit Behinderung etwas Unverzichtbares, das man ihm nicht absprechen darf.

Nun gibt es doch auch Betroffene, die auf Grund ihrer Behinderung gar keiner Arbeit nachgehen können, die im herkömmlichen Sinne nichts „leisten". Von der Gesellschaft werden sie, auch heute noch, vielfach mit nur geringer Wertschätzung bedacht. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Der Verband wird hier ganz Wesentliches zu leisten haben! Wir alle müssen es endlich begreifen lernen: „Leistung" ist nicht immer in Mark und Pfennig zu messen, der „Wert" eines Menschen bestimmt sich auch auf andere Art. So kann vielleicht das Lächeln eines geistig Behinderten das einzige sein, was ihm zu geben möglich ist. Diese s e i n e Leistung müssen wir erkennen und vorbehaltlos anerkennen.

Ich denke, daß wir im Verband selbst, durch das unmittelbare Miteinander der verschiedenartigen Behindertengruppen, vieles in dieser Richtung bewirken können. Unsere künftigen Mitglieder vertreten politisch zweifellos unterschiedlichste Standpunkte, aber die allen gemeinsame Behinderung und der Wunsch, dieses Handicap zu überwinden, wird sie verbinden.

Aber noch etwas erscheint mir wichtig: Daß alle Parteien und Organisationen in Regierung und Parlament eine eigene sozialpolitische Konzeption mit spezieller Behindertenkomponente erarbeiten und damit gleichsam in Konkurrenz stehen. Und ich denke auch, Behindertenpolitik in praxi kann Gräben zwischen Menschen ausfüllen und Brücken zwischen Parteien schlagen – weitaus leichter, als das bei anderer Thematik möglich ist.

Eine solche Gemeinsamkeit herbeizuführen wünscht sich der künftige Verband. Es geht dabei um die Rückbesinnung auf ethische Werte, um menschliche Wärme. Sie müssen wir uns erhalten.

Das Gespräch führte
Helga Lindner

Neue Zeit 86/90, 11. 4. 90, S. 3

Behinderte organisieren sich

Viele Behinderte verlieren oft unter psychischem Terror ihre Arbeit

Berlin (adn) – „Alarmierende Nachrichten aus allen Gegenden des Landes belegen: Wir müssen schnell so starke Organisationen aufbauen, daß es nirgends möglich ist, Interessen Behinderter, ihrer Angehörigen und Helfer zu vernachlässigen oder gar zu unterdrücken." Das erklärte Dr. Ilja Seifert, Präsident des am Sonnabend gegründeten Behindertenverbandes der DDR e. V., vor der Presse im Freizeit- und Erholungszentrum in der Berliner Wuhlheide. In einem Sofortprogramm formulierten die etwa 250 Delegierten des zweitägigen Gründungskongresses aus allen Teilen der Republik ihre Ziele: Sicherung des Rechts auf Arbeit gerade für Behinderte, deren Familienangehörige und Helfer in der Rehabilitation sowie Durchsetzung des Rechts auf Bildung einschließlich Förderung tatsächlich für alle, entsprechend ihrer Schädigung und unabhängig vom Alter. Als ebenso wichtig schätzte Dr. Seifert ein, menschenwürdiges Wohnen für Behinderte zu sichern.

Auf die Frage, wie viele Menschen mit Behinderungen denn schon ihre Arbeit verloren haben, konnte der Vorstand des Behindertenverbandes keine exakten Zahlen nennen. Es seien aber viele Beispiele bekannt, wo Aufhebungsverträge unter blankem psychischen Terror gegen die Behinderten zustande gekommen seien. Ämter für Arbeit, ohne deren Zustimmung kein Arbeitsvertrag mit einem Behinderten gelöst werden könne, und der FDGB seien wichtige Partner des Behindertenverbandes im Kampf für die sozialpolitischen Interessen gehandicapter Menschen dieses Landes. Informationen gerade zu diesen Themen wolle die verbandseigene Zeitschrift „DIE STÜTZE" vermitteln, die ab jetzt alle 14 Tage republikweit erscheint.

Der Behindertenverband der DDR e. V. versteht sich mit seiner vorläufigen Satzung als Dachverband. Ihren Beitritt werden in den nächsten Wochen sowohl Kreis- und Bezirks- beziehungs-

weise Landesverbände erklären als auch republikweit arbeitende Organisationen zum Beispiel die der von Multipler Sklerose, Diabetes oder Allergien Betroffenen oder die Lebenshilfe e. V. Die traditionsreichen Verbände der Blinden und Sehschwachen (BSV) sowie der Gehörlosen und Schwerhörigen (GSV) erklärten auf dem Kongreß, daß sie nicht in den neu gegründeten Behindertenverband eintreten, aber eng mit ihm kooperieren werden.
Zur Finanzierung des Verbandes hieß es, man wolle nicht als Almosenempfänger betrachtet werden. Wichtige Quellen würden die Beiträge der Mitgliedsorganisationen, staatliche Zuwendungen – man habe den Status der Gemeinnützigkeit beantragt –, aber natürlich auch Spenden, Stiftungen und Sammlungen sein. Beim Berliner Stadtkontor wurden folgende Konten eingerichtet: für Mark der DDR 6651-39-89 und für Valuta 6651-57-30850.

taz – die tageszeitung, 14. 4. 90, S. 6

Auch ein Lächeln kann Höchstleistung sein

Behindertenverband der DDR e. V. wurde gegründet

Am vergangenen Sonnabend wurde in Berlin der Behindertenverband der DDR e. V. gegründet, dessen Schirmherrschaft die Volkskammerpräsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl übernommen hat. Präsident des Verbandes ist der 38jährige Literaturhistoriker Dr. Ilja Seifert, der seit 1967 querschnittsgelähmt ist. BZ sprach mit ihm über Anliegen und Vorhaben des Verbandes.

BZ: *Sind Sie zufrieden mit dem Gründungskongreß?*

Dr. Seifert: Wir haben viel geschafft in diesen zwei Tagen. Unser Verband wurde gegründet, daneben eine vorläufige Satzung und ein Sofortprogramm angenommen. In den einzelnen Diskussionsreden widerspiegelte sich, wie wichtig dieser Zusammenschluß von Behinderten ist. Kleine und große Probleme wurden hier angesprochen, Sorgen und Nöte genannt. Gemeinsam müssen wir sie nun im Verband konzeptionell angehen, Lösungen suchen und in die Tat umsetzen.

Behinderte müssen gleichberechtigt sein

Weil gerade Menschen mit Behinderungen, auch deren Angehörige und Freunde, jahrelang sprachlos waren, als Randgruppe nicht zu Worte kamen und sich mit vielen aus heutiger Sicht nicht zu akzeptierenden Gegebenheiten abfanden, ist es jetzt wichtiger denn je aufzurütteln. Wir müssen als Verband mit dafür Sorge tragen, daß die 10 bis 12 Prozent behinderten Bürger gleichberechtigt in das tägliche Leben integriert sind.

BZ: *Als Dachverband ins Leben gerufen, können sich hier Bezirks- bzw. Landesverbände sowie behindertenspezifische Vereinigungen zusammenschließen. Wo sehen Sie Schwerpunkte für die künftige Arbeit?*

Dr. Seifert: Es kommt jetzt darauf an, in den einzelnen Bezirken sowie künftigen Ländern starke Basisgruppen aufzubauen, da-

mit es nirgends mehr möglich ist, die Interessen von Behinderten zu vergessen. Jedem Geschädigten, seinen Eltern, Betreuern und Freunden soll eine lebenswerte, selbstbestimmte Entwicklung der eigenen Persönlichkeit gleichberechtigt in der Gesellschaft ermöglicht werden. Formal-juristisch sind dafür schon gesetzliche Grundlagen geschaffen wie das Recht auf Arbeit. Aber zunehmend beobachten wir, daß beispielsweise dieses Gesetz gebrochen wird.

BZ: *Konkret heißt das ...?*

Dr. Seifert: Abgesehen davon, daß viele Behinderte, die im Arbeitsprozeß stehen, nur „beschäftigt" werden, teilweise vollkommen überflüssige Arbeit machen, hören wir immer wieder von entlassenen Rehabilitanden. Keine Einzelfälle sind auch die unter großem psychischen Druck zustandegekommenen Aufhebungsverträge. Als ein Grund wird die künftige Marktwirtschaft genannt. Diese Dinge dürfen wir nicht hinnehmen, denn einem Rehabilitanden darf ohne Zustimmung des Arbeitsamtes nicht gekündigt werden. Hier geben wir notwendigen Beistand und vermitteln Beratung.

Ein zweiter Schwerpunkt unserer Arbeit muß die Durchsetzung des Rechtes auf Bildung als Chance für jeden Bürger sein. Auch hier geht es uns um die Integration. Eltern von behinderten und nichtbehinderten Kindern wollen wir aus der möglicherweise noch ängstlichen und unschlüssigen Haltung herausholen und ihnen Mut machen, ihren Kindern gemeinsames Lernen zu ermöglichen, um so neue, wichtige Lebenserfahrungen zu sammeln. Recht auf Bildung schließt für uns jeden Behinderungsgrad ein.

Und jeder Geschädigte hat auch ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen. Gerade in Feierabend- und Pflegeheimen sind besonders geistig Behinderte mehr oder weniger untergebracht. Noch immer sind Einzelzimmer fast unmöglich.

Herzloses Verhalten noch oft vorhanden

BZ: *Sie sagten kürzlich, daß Leistung nicht in Mark und Pfennig zu messen ist. Da kann auch ein Lächeln Höchstleistung dar-*

stellen. Ethische Werte bleiben mehr und mehr auf der Strecke, menschliche Wärme fehlt oftmals. Auf welche Weise wollen Sie von der Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit für Behinderte fordern?

Dr. Seifert: Obwohl herzloses Verhalten immer noch reichlich vorhanden ist, wächst in letzter Zeit die Aufgeschlossenheit gegenüber Menschen mit Behinderungen deutlich. Trotzdem sind in jedem Ort, Kreis, Bezirk und Land starke Organisationen, Interessen- oder Initiativgruppen erforderlich, die auf ihre Rechte aufmerksam machen, und wenn notwendig, einklagen. In unserer Dachorganisation arbeitet auch aus diesem Grund ein Verbandsrat, der sich aus den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände zusammensetzt. Somit wollen wir erreichen, daß sowohl behinderungsspezifische als auch thematisch übergreifende Aspekte unserer Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden. Interessierte können sich jederzeit unter folgender Adresse an uns wenden: Hauptgeschäftsstelle des Behindertenverbandes der DDR e. V., Am Köllnischen Park 3, Berlin 1026, Telefon 2 78 28 50.

Das Gespräch führte
Fina Geschonneck

BZ, 18. 4. 90, S. 4

Liebe Leserinnen und Leser!

In diesen schnellebigen Zeiten macht wahrscheinlich nicht nur der Mai alles neu. Uns aber bringt er eine STÜTZE, die auf bedeutend soliderem Boden steht, als es bei den bisherigen fünf Ausgaben der Fall war. So können wir die Auflage beispielsweise verzehnfachen. Auch zieht jetzt in die Gestaltung unserer Zeitung Professionalität ein.

All das soll die Nähe des Blattes zu Ihnen, den Leserinnen und Lesern, stärken. Nach wie vor bleibt Leserpost eine unserer wichtigsten Informationsquellen. Sie ist Podium des öffentlichen Meinungsaustausches von Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen. Indem wir eine Zeitung von ebendiesen Bürger bleiben, werden wir durch Sachverstand auch für andere Leser interessant. Indem wir uns untereinander verständigen, reift unser gemeinsames Wissen um die Dinge, und gleichzeitig werden uns bisher „Unbeteiligte" besser verstehen.

Die entscheidenden Neuigkeiten, über die in dieser STÜTZE informiert wird, stammen aus dem April. Zu Ostern gründeten wir unseren republikweiten Behindertenverband der DDR e. V.! Es waren zwei anstrengende Tage, die rund zweihundertfünfzig Delegierte aus allen Kreisen unseres Landes im Berliner Freizeit- und Erholungszentrum (dem ehemaligen Pionierpalast) in der Wuhlheide in lebhaften Debatten vereinte. Viele Gäste kamen zu Wort und wünschten uns Erfolg. Am Ende konnten wir konstatieren, daß die Arbeit von nun an auf einer neuen, höheren Ebene fortgeführt wird. Neben den zahlreichen lokalen Initiativgruppen und Basisorganisationen haben wir jetzt auch einen Dachverband, der die sozialpolitischen Interessen nach außen hin vertreten und solidarisches Verhalten nach innen praktizieren wird. Jetzt kommt es darauf an, daß die Bezirks- bzw. Landesverbände ebenso wie die beitrittsgewillten republikweit organisierten behinderungsspezifischen Vereinigungen auch formal – d. h. schriftlich – ihre Mitgliedschaft bekunden! So schließen wir die in der erforderlichen Eile bei der Gründung entstandenen Lücken.

Eine der erfreulichsten Neuigkeiten auf dem Kongreß war, daß die Präsidentin der Volkskammer der DDR, Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl, schon eine Woche nach ihrer Wahl in dieses hohe Amt die Schirmherrschaft über unseren jungen Verband übernahm. Diese Wertschätzung all unserer bisherigen Bemühungen sollte uns anspornen.
Nun, im Mai, steht die DDR auf kommunaler Ebene vor weitreichenden Entscheidungen. Zahlreiche Mitglieder unseres Verbandes kandidieren auf verschiedenen Listen um Abgeordnetensitze in ihren Wohnorten und -kreisen. Es ist wichtig, daß wir überall in der Legislative unsere Interessen selbst vertreten. Das stärkt das Selbstvertrauen, und es bringt Sachkompetenz in die uns betreffenden Angelegenheiten.
Mich persönlich überraschten die Kongreßdelegierten, indem sie mir gleich im ersten Wahlgang gegen drei kluge Kandidaten eindeutig das Vertrauen aussprachen, zunächst an der Spitze des Dachverbandes zu stehen. Nun will ich alles tun, diesen Vertrauensvorschuß zu rechtfertigen. Aber eines ist gewiß: ohne Ihr Mittun geht gar nichts. Insofern verabschiede ich mich für heute mit der dringenden Bitte, nirgendwo nachzulassen in der eigenen Aktivität.

Ihr
Ilja Seifert

DIE STÜTZE 6/90, 15. 5. 90, S. 1/2

Bericht des vorbereitenden Präsidiums an den Gründungskongreß des DDR-weiten Behindertenverbandes

Praktikable Konzeption gefragt

vorgetragen von Dr. Ilja Seifert

Zwischen dem 1. republikweiten Konsultativtreffen, das am 10. und 11. Februar diesen Jahres wenig mehr als 30 Delegierte aus fast allen Bezirken in Rostock und Warnemünde zusammenführte, und dem heutigen Gründungskongreß liegen nicht einmal acht Wochen. Über diesen Zeitraum ist hier zu berichten. Der Auftrag aus Rostock lautete: im April 1990 ist in Berlin der Gründungskongreß eines DDR-weiten Behindertenverbandes durchzuführen. Insofern hat das im „Club 81" gewählte vorbereitende Präsidium mit der Eröffnung unserer Tagung seine Mission erfüllt.

Rein formal gesehen könnte ich mit dieser Feststellung den Bericht bereits beenden. Ich bin sehr für kurze Reden. Allerdings denke ich doch, daß Sie, die Delegierten und Gäste des Gründungskongresses, ein Recht auf etwas detailliertere Ausführungen haben. Und davor will ich mich keinesfalls drücken. Immerhin liegen Ihnen hier die Entwürfe für eine Satzung und für ein Programm zur Beratung und Verabschiedung vor. Außerdem brachte es die Dynamik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR mit sich, daß sich das vorbereitende Präsidium sowohl mit einer Vielzahl von Tagesaufgaben befassen als auch bestimmte Kontakte für die Zukunft anknüpfen mußte, die es dem neuzuwählenden Vorstand übergeben wird.

Rufe nach Öffentlichkeit

An dieser Stelle ist ein kleiner Rückblick auf die Entwicklung seit der Oktoberrevolution 1989 made in DDR angezeigt, die den „Mafia-Sozialismus" hinwegfegte. Bereits in den ersten Tagen der breiten, friedlichen, öffentlich wirksamen Volksbewegung waren es auch Menschen mit Behinderungen, die auf jahrzehntelange Mißstände, auf Mißachtung ihrer Rechte, auf

Bevormundung, Entmündigung, Gängelei, miserable Versorgung und weitgehende Ausgrenzung lautstark aufmerksam machten. Vielerorts bildeten sich spontan Initiativgruppen zur Gründung eines Behindertenverbandes. Bereits bestehende lokale Klubs und kirchliche Elternkreise verstärkten ihre Tätigkeit und nutzten die neuen Möglichkeiten. Auch andere Organisationen – so der Freidenkerverband – boten ihre Hilfe und Unterstützung an. Diese Bewegung, so zersplittert sie seinerzeit noch gewesen sein mag, war doch schon von so elementarer Kraft, daß bereits in Hans Modrows Regierungserklärung vom November 1989 vom „sich bildenden Behindertenverband" gesprochen wurde, der zu unterstützen sei. In Wirklichkeit bestanden zu jenem Zeitpunkt weder Klarheit über eine Programmatik noch waren auch nur einigermaßen erkennbare Strukturen der zukünftigen Organisation auszumachen. Vielmehr befanden wir uns in der Periode der Manifeste und der allgemeinen Rufe nach „Öffentlichkeit".
Die ersten Zusammenkünfte verliefen meist recht „chaotisch". Im Nachhinein läßt sich sagen, daß sie ganz wichtig waren für das gegenseitige Kennenlernen von Betroffenen. Jeder schrie seine individuellen Probleme gewissermaßen hinaus. So wurden die Vielfalt und Differenziertheit der Aufgaben ebenso deutlich, wie sich Berührungspunkte allmählich immer klarer abzeichneten. Daraus folgten organisatorische Schritte, die sowohl in thematische Arbeitsgruppen als auch in behinderungsspezifische Vereinigungen, Gesellschaften usw. mündeten. Der lokale Rahmen wurde verlassen, weil sich immer deutlicher abzeichnete, daß manche Probleme einer gesamtstaatlichen Regelung bedürften.

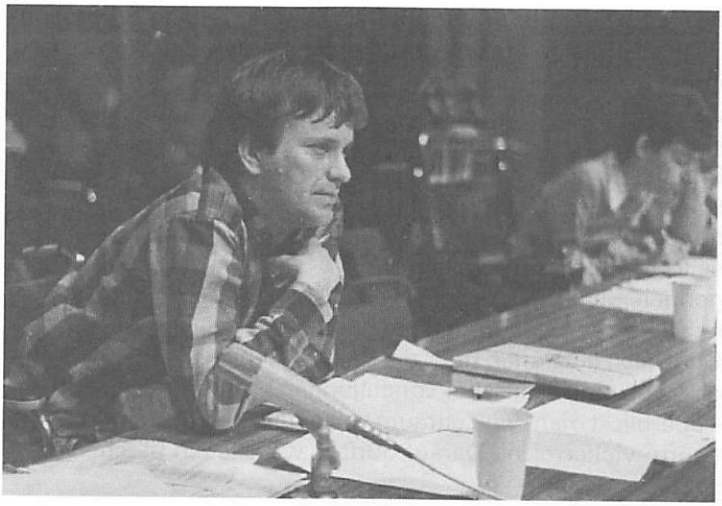
DIE STÜTZE wurde Bindeglied

Als ein wichtiges Instrument des öffentlichen Erfahrungsaustausches zwischen verschiedenen Initiativgruppen erwies sich DIE STÜTZE, die am 12. Januar mit Hilfe des aus mehreren Parteien und Organisationen bestehenden Förderkreises erstmalig in der bescheidenen (und sich sofort als weitaus zu gering

erweisenden) Auflage von anderthalbtausend Exemplaren in Berlin hinausgegeben werden konnte. Wenn heute zu unserem Kongreß bereits die Nummer 5/90 der STÜTZE auf dem Tisch liegt, so darf man wohl den Herausgebern und auch den Parteien, die den Druck übernahmen, herzlichen Dank aussprechen! Ab Mai, das heißt ab Nr. 6/90, kann DIE STÜTZE offiziell abonniert werden, so daß auch ein Preis erhoben wird.
Doch zurück zur Gesamtentwicklung unserer Bewegung: Anfang Februar war die republikweite Koordinierung der Aktivitäten nicht nur nötig, sondern auch schon möglich. An dieser Stelle möchte ich Ralph Grabow und „seinem" Rostocker „Club 81" für die Einberufung und Organisation dieses Treffen herzlich danken.
In der Zwischenzeit veränderte sich unsere Lage in bezug auf den Herbst 1989 grundlegend: Wir können gegenwärtig wahrlich nicht mehr davon sprechen, im öffentlichen Bewußtsein „an den Rand gedrängt" zu sein. Momentan stehen uns Mikrofone, Zeitungsspalten und auch das Fernsehen offen. Fast täglich kann man über Probleme von Menschen mit Behinderungen lesen. Wir brauchen längst nicht mehr allgemein „in den Wald zu rufen", daß man uns doch gefälligst beachten möge. Vielmehr sind jetzt längst konstruktive Konzeptionen gefragt. Es geht darum, die differenzierten Bedürfnisse von Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen konkret zu benennen und praktikable Lösungsvarianten zu unterbreiten! Dabei vergessen wir keinen: nicht die Angehörigen geistig Behinderter, nicht diejenigen, die in Heimen mit Psychopharmaka „pflegeleicht" gehalten werden, nicht die chronisch oder psychisch Kranken, weder die Rollstuhlfahrer noch die Kriegsinvaliden, nicht Kleinwüchsige und genausowenig Freunde und ständige Helfer von Menschen mit Behinderungen.

Jetzt sind wir langsam wer

Neben der Öffentlichkeit über die Medien steht uns zunehmend auch die Gewalt der Apparate zur Verfügung. So darf man sagen, daß praktisch alle politischen Parteien und Bewe-



Während des Gründungskongresses

gungen unseres Landes eigene Aussagen zur Behindertenpolitik treffen. Vielerorts wurden Runde Tische auch für Repräsentanten des offiziell noch gar nicht existierenden Verbandes zu Trainingszentren in Sachen Konsensfindung. In etlichen Fachbereichen des Staatsapparates – sei es auf lokaler, sei es auf zentraler Ebene – sind Abgesandte insbesondere unserer thematischen Arbeitsgruppen als sachkundiger Partner akzeptiert. In Berlin gibt es seit dem 1. April sogar einen Behindertenbeauftragten des Magistrats, der Sitz und Stimme am Magistratstisch hat. Damit ist das bevormundende Monopol des Gesundheits- und Sozialwesens gebrochen. Andere Städte – so der OB von Cottbus (CDU-Mitglied) – äußerten lebhaftes Interesse, dieses Modell zu übernehmen. Analoges erwarten wir von der neuen Regierung. Erste öffentliche Äußerungen der neuen Ministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. Hildebrandt, stimmen optimistich im Hinblick auf die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit unserem Verband. Auf legislativer Seite sollte den Behindertenbeauftragten jeweils ein entsprechen-

der Rat beigegeben werden. Daß Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl, die Präsidentin der Volksammer, bereits eine Woche nach ihrer Wahl in dieses hohe Amt ihre Bereitschaft erklärte, über unseren Verband die Schirmherrschaft zu übernehmen, dürfen wir wohl als gutes Omen werten.
Erstmalig zogen auch Mitglieder des Behindertenverbandes selbst in die Volkskammer ein. Und zwar in verschiedenen Fraktionen, also sowohl auf Regierungs- als auch auf Oppositionsseite. Die Kommunalwahlen am 6. Mai bieten die nächste Gelegenheit, Menschen unseres Vertrauens direkt in wichtige legislative Körperschaften zu entsenden.
Ohne sich Illusionen über die Behäbigkeit von Apparaten und die Zählebigkeit falscher Vorstellungen hinzugeben, haben wir – überblickt man den Zeitraum von einem halben Jahr – bereits enorm viel erreicht. Darauf dürften wir alle ein bißchen stolz sein.

Vieles gleichzeitig tun

Aber wir können – und wollen(!) – die Augen nicht vor Defiziten verschließen. Es müßte gegenwärtig so Mannigfaches gleichzeitig getan werden, daß Etliches, darunter sehr Wichtiges, liegen bleibt. An erster Stelle sind hier die vorliegenden Entwürfe für die Satzung und das Programms unseres Dachverbandes zu nennen. Qualitativ müssen wir konstatieren, daß sie wohl nur einen vorläufigen Charakter haben können. Mehr war in den zwei Monaten nicht erreichbar. In diesem Zusammenhang muß das vorbereitende Präsidium selbstkritisch bekennen, daß wir bei der uns überflutenden Fülle der Tages- und organisatorischen Aufgaben nicht dazu kamen, uns hinreichend intensiv inhaltlich mit diesen Dokumenten zu befassen. Hinzu kommt, daß Dietmar Kieß es nicht vermochte, in Jena – oder von Jena aus – eine fachkundige Gruppe zur Erarbeitung eines tragfähigen und juristisch haltbaren Satzungs-Entwurfs einzuberufen. Dieser Verlust des Kontaktes zur Basis kostete uns sehr viel Zeit, er zwang uns unnötige und zum Teil in ihrer Wiederholung zermürbende Debatten über den Sinn und Unsinn

unserer Anstrengungen auf. Daß heute dennoch ein Satzungs-Entwurf vorliegt, ist der konzentrierten Arbeit des 2. republikweiten Konsultativtreffens zu danken, das am 24. und 25. März in Berlin, ebenfalls hier im Freizeit- und Erholungszentrum an der Wuhlheide, zusammentrat.
Der Programm-Entwurf konnte dort bei weitem nicht so intensiv diskutiert werden. Eines der schwerwiegendsten Defizite unserer Arbeit bleibt die Vernachlässigung von Fragen der Programmatik. Ich schlage deshalb vor, auf unserem Gründungskongreß den Programm-Entwurf so zu debattieren, daß wir ihn als vorläufig verabschieden können und den neuen Vorstand beauftragen, zum nächsten Kongreß eine gründlich überarbeitete Fassung vorzulegen, die dann wirklich langfristige Orientierung gibt.

Neue Aufgaben fordern uns

Im Laufe unserer zweimonatigen Arbeit zeigte sich deutlich, daß die Aufgabe allein mit ehrenamtlichen Kräften nicht zu bewältigen war. Das vorbereitenden Präsidium setzte deshalb Klaus Hammerlik als amtierenden Hauptgeschäftsführer ein. Damit bekam unsere Arbeit eine gewisse Ordnung, die laufenden Geschäfte konnten systematischer angegangen werden. An dieser Stelle sei mir erlaubt, Klaus Hammerlik meinen ganz persönlichen Dank auszusprechen, denn mit seinem Engagement entlastete er mich doch in spürbarer Weise: Klaus – ich danke Dir! Zum Ergebnis seines Wirkens darf ich hier sagen, daß er einige Projekte anbahnen konnte, die wir dem zu wählenden Vorstand zur Entscheidung vorlegen. Die Institution Hauptgeschäftsstelle sollte unbedingt beibehalten werden. Wir schlagen vor, die Stelle des Hauptgeschäftsführers auszuschreiben. Er hat dann als Angestellter des Verbandes die Beschlüsse des Vorstandes auszuführen. Der Vorstand selbst sollte – um die Verbindung zur Basis zu gewährleisten – ehrenamtlich bleiben. Allerdings halten wir es – auch im Blick auf kommende marktwirtschaftliche Bedingungen – für erwägenswert, den Vorstandsmitgliedern ein gestaffeltes Entgelt

(zusätzlich zu den ihnen zustehenden Aufwandsentschädigungen wie Reisekosten und dergleichen) zu gewährleisten. Die organisatorische Vorbereitung des Kongresses lag in den Händen Ralph Grabows. Ich glaube, was er und seine Mitstreiter in zwei Monaten aus dem Boden stampften, ist aller Ehren wert. Gleiches gilt für die umsichtige und bescheidene Arbeit unserer „Finanzerin" Erika Dittner aus Schwerin, der Bernd Lippold aus Karl-Marx-Stadt zur Seite stand.
Das vorbereitende Präsidium betrachtet damit seinen Auftrag im wesentlichen als erfüllt. Nun liegt es in der souveränen Entscheidung dieses Kongresses, wie es mit unserem Dachverband weitergeht.
Ich wünsche uns allen bei dieser verantwortungsvollen Arbeit heute und in der nicht weniger anstrengenden Zukunft viel Erfolg!

DIE STÜTZE 6/90, 15. 5. 90, S. 6–10

Für eine bessere deutsche Republik ohne Entmündigung

von Ilja Seifert

Schon kurz nach der Wende in der DDR gab es gute Kontakte zwischen Behinderten aus der BRD und aus der DDR. Zunächst wurden sie geknüpft von Westberliner Initiativen, die die räumliche Nähe nutzen konnten. So waren beim Gründungstreffen des DDR-Behindertenverbandes „Bundis" dabei, bei der ersten und der zweiten Demo Behinderter in Ostberlin. Anfang Mai kam es zum ersten Besuch von DDR-Behinderten in den Räumen der „randschau" und des „Zentrums für selbstbestimmtes Leben" in Köln: Dr. Ilja Seifert, Petra und Horst Rosenberger samt Tochter Monique. Ilja Seifert ist Präsident des DDR-Behindertenverbandes und für die PDS als Abgeordneter in der Volkskammer. Petra und Horst Rosenberger führen das Konsultations- und Informationszentrum in Ostberlin. Horst ist im Vorstand des Ostberliner Behindertenverbandes.

Eine Frau ruft es den zahlreichen Journalisten, die die Demonstration von 800 bis 1 000 Menschen mit Behinderungen am Mittwoch, dem 16. Mai 1990, vom Neptunbrunnen vor dem Ostberliner Roten Rathaus bis zum Lustgarten begleiten, durch das Megaphon zu: „Wie soll ich, alleinstehend, mit vier Kindern, von Sozialhilfe leben?" Und: „Auch 495,– Mark sind zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig!" Sie rollt in der ersten Reihe. Für eine gute halbe Stunde ist der Berufsverkehr auf wichtigen Straßen vor der Volkskammer gestört. Kraftfahrer wundern sich, zeigen Verständnis, ein LKW hupt Sympathie.

Das war bereits die zweite Demonstration des neugegründeten Behindertenverbandes in Berlin. Im Januar machten wir anläßlich der Uraufführung des DEFA-Films „Rückwärts laufen kann ich auch", bei dem es um Probleme eines behinderten Schulkindes geht, vor dem repräsentativen Kino „International" auf bauliche und geistige Barrieren aufmerksam, die uns die selbstverständliche Teilnahme am öffentlichen und priva-

ten Leben erschweren oder unmöglich machen. In beiden Fällen stießen wir auf allgemeines Verständnis, die „Aktuelle Kamera" des Deutschen Fernsehfunks berichtete ebenso darüber wie große Tageszeitungen und der Rundfunk.
Was treibt uns „plötzlich" auf die Straße? Ist es „Aufmüpfigkeit"? Verzweiflung? Neues Selbstbewußtsein? Wut? Sinn für Machbares? Not? Hoffnung? Angst um gerade errungene Freiheit? Kraft des jungen Verbandes? „Undank"? Stolz?
Es geht um das Recht auf SELBSTBESTIMMTES LEBEN! Das gilt schließlich nicht nur für Staaten, sondern in gleicher Weise für Individuen. Wir leben eben mit einer (oder mehreren) Behinderung(en). Sei sie körperlicher oder geistiger Art, sei es eine seelische oder chronische Krankheit. Mit diesem Handicap müssen, wollen – und können(!) – wir leben wie jeder andere: wir benötigen dazu angemessenen und bezahlbaren Wohnraum (überall dort, wo der einzelne sich wohl fühlt). Sinnvolle Arbeit dient uns sowohl zum Broterwerb genau wie sie Ort der Kommunikation ist und – wie bei jedem Menschen – zur Persönlichkeitsentwicklung gehört. Kulturelle und sportliche Ereignisse können uns ebenso fesseln wie jeden anderen. Wir möchten lieben und geliebt werden. Wer wünschte sich das wohl nicht? Eine Gesellschaft, die sich sozial, gar humanistisch versteht, hat die Pflicht, uns zu helfen, unser individuelles Handicap auszugleichen. Und zwar jeden Tag! Das Hauptinstrument der Gesellschaft dazu ist der Staat. Eine der ersten Visionen frei-sozialer Marktwirtschaft ist doch wohl, daß jedermann gleiche Chancen haben soll. Eine der Möglichkeiten, uns dieser vergleichbaren Ausgangssituation wenigstens ein bißchen näher zu bringen, ist die Mindestrente, die jedem Menschen mit Behinderung ab Vollendung des 18. Lebensjahres in der DDR zusteht.
Unbestreitbar liegen die Sätze der Sozialhilfe in der heutigen Bundesrepublik Deutschland höher als unsere Invalidenrente. In Anbetracht sich vollkommen veränderter Lebenshaltungskosten muß dieser soziale Sockelbetrag also neu bemessen und dynamisch angepaßt werden. Gleiches gilt für die Höhe des Pflegegeldes, das seinem Namen in keiner Weise gerecht

wird. Auch kämpft der Behindertenverband der DDR darum, die Lohndrittelregelung für Menschen mit Behinderungen dahingehend zu modifizieren, daß sie die Initiative vieler gut ausgebildeter Frauen und Männer nicht länger hemmt. Aber das P r i n z i p , das diesen Zahlungen zugrunde liegt, erscheint es mir wert zu sein, in eine künftige deutsche Republik aufgenommen zu werden, die doch besser sein soll, als es die heutige DDR und die Bundesrepublik Deutschland sind. Es ist nämlich das Prinzip des Ausgleichs des Handicaps, der Schaffung von Chancengleichheit, zumindest tendenziell.
Der Staatsvertrag sieht nun die platte Übernahme des bundesdeutschen Sozialrechts für die DDR vor. Unzählige Proteste von Einzelpersonen und verschiedenen Behindertenorganisationen erzwangen zwar, daß zunächst von einem 495,– DM-Betrag die Rede ist, der uns gezahlt wird. Aber was ist das? Peinlich wird vermieden, das Sozialhilfe zu nennen. Aber es ist auch keine Mindestrente. Die wäre dann ja wohl künftig auch den Noch-Bundesbürgern mit Behinderung zu zahlen?! Warum nun also dieser Aufruhr?
Vor der Oktoberrevolution made in DDR, bei der der „Mafia-Sozialismus", in dem alles von einer anonymen, kleinen Clique entschieden und ebenso undurchschaubar durchgesetzt wurde, beiseite gefegt wurde, gab es derartige Demonstrationen doch nicht. In der Zeit, die man durchaus auch als „frühsozialistischen Absolutismus" bezeichnen kann, kamen wir Menschen mit Behinderung offiziell einfach nicht vor. Wir hatten keine Probleme, das war beschlossene Sache. Basta! Und tatsächlich wurden wir in einer Weise „versorgt", die das Abgleiten in totales Elend unmöglich machte. Für Körperbehinderte gibt es ein Schulungssystem, das zwar aussondert, aber nichtsdestoweniger gebildete Menschen hervorbringt. Arbeitsplätze mußten per Dekret von Betrieben geschaffen werden. Wenn einer Glück hatte, bekam er sogar sinnvolle Beschäftigung. Zumindest aber war (und ist) der größte Teil von uns irgendwo angestellt beziehungsweise hat eine Aufgabe. Nur eines gab es nicht: eine Organisation der Menschen mit Behinderung! Das hätte ja die Opposition werden können! Die

schon lange bestehenden Blinden- und Sehschwachen- sowie die Gehörlosen- und Schwerhörigenverbände der DDR konnten (aus Sicht der SED-Fürsten: leider) nicht mehr „abgeschafft" werden. Als nun aber im Oktober das morsche Regime gestürzt wurde, waren es auch Menschen mit Behinderungen, mit und ohne Rollstuhl, auch Angehörige (zum Beispiel von geistig Behinderten), die ja ebenso betroffen sind, die lauthals Veränderungen forderten, Anerkennung, Würde.
Die Rufe waren so laut, daß schon in der ersten Regierungserklärung Hans Modrows im November 1989 vom „sich bildenden Behindertenverband" die Rede war, der zu unterstützen sei. Real existierte zu jenem Zeitpunkt höchstens eine gewisse Anzahl von Initiativgruppen in sehr vielen Städten der DDR. Die Forderungen wurden noch ungestüm „in den Wald gerufen": mehr Öffentlichkeit! Behindertenverband! Mehr Rente! Mehr Pflegegeld! Anerkennung für Pflege! Arbeitsplatzsicherung für pflegende Familienmitglieder! Aufklärung! Integration! Mehr und bessere Hilfsmittel! Eigene Interessenvertretung! usw. usf. Aus heutiger Sicht war das die Phase des Sich-Suchens. Des Sich-Findens. Initiativgruppen formulieren Aufrufe, sie begannen mit thematischer „Kleinarbeit". Die Probleme wurden gesichtet, geordnet, es entstanden Konzeptionen, Maßnahmepläne.
Die Öffentlichkeit der DDR reagierte äußerst sensibel. In den Zeitungen häuften sich Berichte über unsere Aktivitäten beziehungsweise über Mißstände in Bezug auf unsere Lebensbedingungen. Der Rundfunk schloß sich relativ rasch an, auch das Fernsehen ließ nicht sehr lange auf sich warten. Parallel dazu (oder von dem Mediendruck inspiriert?) entwickelten praktisch alle Parteien und politischen Bewegungen der DDR Interesse. Keine einzige polititsche Kraft, die sich nicht in Wort und Tat(!) für unsere Belange einsetzt. Daß, entsprechend der unterschiedlichen politischen Grundorientierung auch unterschiedliche Lösungswege vorgeschlagen werden, halte ich für normal. Das kann – im Sinne des freien Wettbewerbs – unserer Sache nur guttun, denn die Konkurrenzsituation zwingt alle Parteien, nicht nur schöne Worte zu machen, sondern ihnen

auch Taten folgen zu lassen. Das heißt unter anderem: uns aktiv einzubeziehen. Die Wahlen in der DDR ergaben deshalb zum Beispiel auch, daß in der Volkskammer drei Rollstuhlfahrer (Mitglieder des Behindertenverbandes) vertreten sind, und zwar sowohl auf Regierungs- als auch auf Oppositionsbänken. In den Gemeinden und Kreisen sieht es ähnlich aus. Noch fehlt mir der exakte Überblick, wer wo wirklich gewonnen hat. Aber fast überall hatten wir Kandidaten auf den Listen, sei es in den Parteien, sei es als freie Kandidaten, sei es auch als Verband. Das Wahlgesetz ließ uns diese Möglichkeiten. So ist Rainer Kluge, Mitglied des zentralen Vorstandes des Behindertenverbandes der DDR, beispeilsweise in Potsdam Stadtverordneter. Seit 1. April d. J. gibt es in Berlin einen Behindertenbeauftragten des Magistrats. Er hat Sitz und Stimme am Magistratstisch und ist dem Oberbürgermeister unmittelbar unterstellt. Eine analoge Regelung streben wir für die Regierung an. Andere Städte werden ebenso handeln.

Der Behindertenverband der DDR wurde erst zu Ostern offiziell als Dachverband gegründet. Obwohl er noch so jung ist, kann er also schon auf eine Reihe wichtiger Erfolge verweisen. Jetzt kommt es darauf an, Ordnung und Systematik in unsere Arbeit einziehen zu lassen. Und wir können jetzt aktiv auf Partnersuche in der Bundesrepublik (und anderswo, Europa und die Welt sind groß) gehen. Wir haben schließlich durchaus etwas anzubieten, „einzubringen", wie es neudeutsch heißt. Und wir haben offene Wünsche, Träume. Was läge näher, als Erfahrungen auszutauschen und das jeweils wirklich Beste zusammenzufügen, damit das Neue, die neue deutsche Republik besser wird als ihre beiden Teile?

Mancher, dem ich in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) von der Mindestrente als Prinzip, vom Behindertenbeauftragten, von praktizierendem Recht auf Arbeit, von Mieten, die für Menschen mit Behinderungen 5–7 % des Haushalt-Brutto-Einkommens nicht übersteigen dürfen, vom realen Mitentscheidungsrecht unseres jungen Verbandes, von großer Medienaufmerksamkeit, von unserer eigenen Zeitschrift, der STÜTZE, erzähle, hält es für eine zauberhafte Utopie, dieser Prinzipien

teilhaftig werden zu können. Die Praxis lehrt sie zu zweifeln. Aber: BRD-Sozialhilfe heißt: Entmündigung. Sollte es also wirklich nicht möglich sein, das bedeutend sozialere Prinzip der armen DDR durch die hochmoderne Technik und funktionierende Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland zu ergänzen und beides in einer besseren deutschen Republik aufzuheben? Ich finde, einen Versuch ist das schon wert. Engagement von beiden Seiten aus. Offenheit für die Probleme und Erfahrungen, die Hoffnungen und Ängste des Anderen.

Wir in der DDR unterscheiden – im Bezug auf die sozialpolitsche Interessenvertretung – nicht, ob einer geistig oder körperlich behindert, seelisch oder chronisch krank, Angehöriger, Freund oder ständiger Helfer eines Behinderten ist. Die sozialen Probleme sind sehr ähnlich. Und – soweit ich das beurteilen kann – die Fragen von Menschen mit analogen Handicaps in Köln oder Berlin (West) erscheinen mir nicht sehr verschieden von den unseren. Wer selbstbestimmt leben will – und wer möchte das nicht? –, braucht dazu gewisse Voraussetzungen. Die sind sowohl baulicher als auch juristischer als auch finanzieller als auch geistiger Art. Also gesellschaftlich. Es sind Fragen der Akzeptanz und der Toleranz, des öffentlichen Bewußtseins und des Wissens, des politischen Willens und des Könnens. Ich denke: gemeinsam können wir stark genug sein, unsere Interessen so in die Gesellschaft einzubringen, daß sie selbstverständlich geachtet werden, weil sie niemanden in seiner Freiheit beeinträchtigen, uns aber die Entfaltungsmöglichkeiten schaffen.

Deshalb treffen wir auf unseren Demos und anderen Veranstaltungen stets auch Freunde aus Berlin (West). Sie nutzen unsere Möglichkeiten, um ihre Probleme zu bereden.

die randschau Nr. 2/90, Mai/Juni 90, S. 7–9

Ein besseres Leben nur mit Almosen

Tribüne sprach mit Dr. Ilja Seifert, Präsident des Behindertenverbandes e. V. der DDR

Es ist nicht die Zeit zu lamentieren. „Ich habe das übernommen, und ich will kein Mitleid." Es klingt kategorisch, was Ilja Seifert da sagt. Und wie er es sagt. Termine häufen sich, sein Schreibtisch ist vollgepackt. Der Behindertenverband, dessen Präsident er ist, hat sich Gehör verschafft. An öffentlichem Interesse ist kein Mangel mehr. Jetzt kommt der zweite Schritt: der Verband will erreichen, daß die Probleme behinderter Menschen in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit ernst genommen werden. „Wir fordern, daß auf Regierungsebene ein Behindertenbeauftragter eingesetzt wird." Ilja Seifert ist Realist genug, um zu wissen, daß die Regierung anderes im Moment als wichtiger bewertet. Aber er ist Träumer genug, daran zu glauben, Verantwortung dort einzurichten, wo sie hingehört. Die Zeit läuft. Die alte Standuhr in seinem Wohnzimmer erinnert mit ihrem dunklen Gong zu jeder Stunde daran.

Wir durchleben eine Zeit, in der sich alles ändert. Sie ist geprägt auch durch innere Unruhe. Wie empfinden Sie da die Situation behinderter Menschen? Kommt Mutlosigkeit auf, oder sehen Sie Hoffnung?

Ich glaube, es gibt beides. Unsere Situation hat sich radikal gewandelt, verglichen mit der Zeit noch vor einem halben Jahr. Wir stehen jetzt mit der Behindertenproblematik mitten in der Öffentlichkeit. Das war ja auch eine der Forderungen im letzten Herbst. Nun stellt sich heraus, daß die Probleme viel differenzierter sind. Es interessiert heute keinen mehr, wenn allgemein in den Wald hineingerufen wird. Es muß gesagt werden, wie kann wem geholfen werden. Neben dem Verständnis der Medien und der politischen Verantwortungsträger ist man bereit, unsere Vorschläge aufzunehmen. Möglichst sollen wir kon-

krete Maßnahmepläne vorlegen. Das heißt, wir müssen konzeptionellen Vorlauf schaffen. Wir machen damit zum Teil zwar die Arbeit derjenigen, die dafür hochbezahlt werden, aber es kommt dann wenigstens was Vernünftiges heraus. Inzwischen haben alle Parteien und Organisationen eigene Vorstellungen für die Arbeit, für den Umgang mit Behinderten entwickelt. So etwas sollte auch eingehen in die Programmatik der Einzelgewerkschaften.

Das klingt mir fast zu optimistisch . . .

Ja, viele Menschen mit Behinderungen haben Angst. Es kommt auch daher, daß uns in diesem Lande ein mörderisches Tempo aufgezwungen wird, das im Grunde niemand durchhält und bei dem vieles verlorengeht. Es ist Angst um ein zwar sehr bescheidenes, aber doch immerhin sicheres Leben. Es war gegeben, daß man als Behinderter irgendwie beschäftigt wurde, daß soziale Kommunikation am Arbeitsplatz dazugehörte.

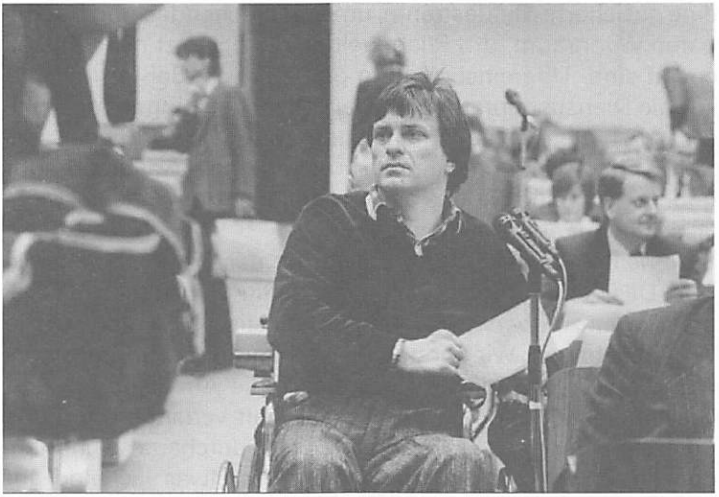
Gerade auf dieser Strecke passiert jetzt viel Schlimmes. Behinderte werden unter Druck gesetzt, sollen von sich aus kündigen. Betriebe kommen mit dem Argument, daß sie sich geschützte Arbeitsplätze nicht mehr leisten können. Ist man machtlos gegen solche Erscheinungen?

Das erste, was ich allen raten möchte: keinen Aufhebungsvertrag unterschreiben. Ist das nämlich geschehen, besteht nicht mal mehr Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Und wir haben keine Möglichkeit, das dann einzuklagen. Wie will man denn psychischen Druck nachweisen? Das passiert doch mündlich und hinter verschlossenen Türen. Es ist verletzend, mit solchen Argumenten konfrontiert zu werden: Wir schleppen euch nur durch, der Betrieb geht wegen euch noch pleite. Ich möchte an die Solidarität untereinander appellieren. Im Grunde beißt sich das mit dem, was ich eben gesagt habe, weil einige Kollegen diesen Druck mit ausüben. Doch niemand soll sich der Illusion hingeben, wenn er den Behinderten preisgibt, daß der nächste ihm dann hilft oder er verschont bleibt. Wenn keine Pufferzone noch Schwächerer mehr da ist . . . Eine der wichtigsten Tugenden dieses Landes – die Solidarität untereinander – würde sofort zum Teufel gehen. Uns bleibt nur die Kraft

der Schwachen, uns gegen das Kapital zu wehren, denn nichts anderes als Kapitalgesetze wirken hier.

Welche Möglichkeit räumen Sie denn nun in Zukunft geschützten Arbeitsplätzen und Werkstätten ein?

Betriebe, die solche Menschen beschäftigen, sollte man steuerlich sehr fördern. Andererseits sollte man hohe Sanktionen



Der Volkskammerabgeordnete während einer Plenartagung

auferlegen, wenn Behinderte entlassen werden. Gegenwärtig sind diese Summen lächerlich. Ich bin dafür, daß der Staat die Rahmenbedingungen vorgibt. Ich denke schon, daß viele Menschen bereits sind, dann etwas zu tun. Denn das Prinzip der Solidarität mit Schwächeren ist ja weltanschauungsunabhängig. Und es gibt ja jetzt Politiker, die mit christlichem Ethos an ihre Arbeit gehen. Da habe ich eigentlich große Hoffnungen.

Es gibt sehr unterschiedliche Behinderungen und deshalb auch sehr unterschiedliche Interessen dieser Menschen. Kann der Verband diese Verschiedenheiten zusammenfügen?

Bei aller Differenziertheit der Probleme geistig Behinderter,

Körperbehinderter, chronisch oder psychisch Kranker und deren Angehörigen, die mindestens genauso betroffen sind, wollen wir übergreifende Gemeinsamkeiten finden. Viele Kriegsinvaliden wollen jetzt auch bei uns mitarbeiten. Jahrzehntelang an den Rand gedrängt, kommen sie jetzt mit berechtigten Forderungen. All das meint sozialpolitische Interessenvertretung nach außen. Egal, worin die Behinderung besteht, geht es um eine gesicherte Mindestrente, um entsprechenden und bezahlbaren Wohnraum, um Pflegegelder, die bis jetzt nicht ausreichend sind. Übereinstimmung gibt es auch, daß ambulante soziale Dienste gebraucht werden. Dienstleistungen medizinischer Art, die die Familie entlasten. Natürlich wird jeder spezielle Leistungen brauchen, aber es muß so etwas überhaupt geben, darin sind wir uns einig. Hier liegen zum Beispiel Möglichkeiten für den Zivildienst.
Ein zweiter Gedanke dazu: Solidarität nach innen zu entwikkeln. Das heißt für mich, sich gegenseitig Mut zu machen, Depressionen zu überwinden und unrealistische Sichten auf die Welt abzubauen. Wir können als Verband nicht, und das können Sie ruhig wörtlich so schreiben, die Anerkennung und Gleichberechtigung von der Gesellschaft verlangen und uns untereinander nicht akzeptieren. Es gibt durchaus solche Tendenzen, daß ein Querschnittsgelähmter etwas lächelnd auf einen psychisch Kranken herabschaut.
Bundesdeutsches Sozialrecht zu übernehmen, was das konkret heißt für Behinderte – da fehlt vielen ganz einfach der Vergleich. Wie stellt sich das für Sie dar?
Allein sich mit dem DDR-Sozialrecht gründlich vertraut zu machen, dauert lange. Ebenso mit dem bundesrepublikanischen. Doch: Wenn wir es nur ein kleines bißchen ernst nehmen, daß wir die deutsche Einigung im europäischen Prozeß sehen wollen, dann müßte man sich zu sozialen Regelungen auch woanders umsehen, mindestens im EG-Raum und in den skandinavischen Ländern. Auch Österreich hat, soweit ich das beurteilen kann, ein interessantes Sozialrecht. Es ist sehr bedauerlich, daß wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden, bevor wir überhaupt richtig wissen, worum es geht. Und das wider-

spricht den ureigensten Prinzipien der freien Marktwirtschaft, in der die freie Auswahl aus unterschiedlichen Konzepten und Angeboten das Geschäft beleben soll. Es gibt im EG-Raum Länder, die ein Sozialrecht haben, dem unseres leichter anpaßbar wäre als das der BRD.

Aber unsere bisherigen sozialen Regelungen waren ja auch nicht gerade ausreichend . . .

Sicher, es gibt viele Dinge, die da in der Bundesrepublik sehr positiv sind. Die Sozialhilfe ist ausreichend, man kann auch mal nach Mallorca fahren. Das Netz sozialer Dienste ist ziemlich ausgebaut. Alles, was die Rehabilitationstechnik betrifft, ist auf einem wesentlich höheren Stand. Insofern ist das alles mit Freude übernehmbar. Doch das hat nichts mit der Bundesrepublik zu tun, sondern einfach mit dem Vermarktungsprinzip. Es geht damit los, daß Prothesen eben aus gutem Leder sind und nicht dritte Wahl, daß Automatik in Autos für Behinderte selbstverständlich ist. Das läßt sich eben verkaufen. Aber es bringt einen Gewinn an Lebensqualität, an persönlicher Freiheit, der unbeschreiblich ist. Doch: Sozialhilfe bekommt man gewährt. Sie wird entzogen, wenn man eigene Einkünfte hat. Beim Beantragen muß man seine Vermögensverhältnisse offenlegen. Bei Übernahme des bundesrepublikanischen Rentenrechts werden all jene zu Sozialhilfeempfängern, die von Geburt an behindert sind oder in jungen Jahren einen Unfall hatten. Denn, wenn man nicht mindestens 60 Monate beitragspflichtig gearbeitet hat, besteht kein Anspruch auf Rente. Natürlich muß man sagen, daß die Sozialhilfe drei- bis viermal höher ist als die Rente, die der Behinderte hier bekommt. Doch Sozialhilfe ist Almosen.

Aber wenn es sich damit gut leben läßt, warum sollte man dem etwas entgegensetzen?

Bedeutend forschrittlicher und sozialer wäre das Prinzip der Invalidenrente, auf die ein Behinderter in jedem Falle Anspruch hat. Doch das ist im Staatsvertrag überhaupt nicht vorgesehen. Sie müßte natürlich so hoch sein, daß sie das Existenzminimum sichert. Damit gibt man dem Behinderten erst die Möglichkeit, unter Leute zu kommen, eine Arbeit zu suchen, sich

Hilfe zu besorgen. Die Chance, unabhängig von der Rente etwas dazuzuverdienen, wäre neben dem Finanziellen auch eine Chance der Integration. Es ist für mich eine philosophische Frage, die in praktische Politik überführt werden muß: Menschen mit Behinderungen haben ein Handicap, das es auszugleichen gilt. Dieses müßte Aufgabe der Gesellschaft sein, das kann der Einzelne nicht selbst schaffen. Dann könnte man schon eher von gleichen Chancen in der freien Marktwirtschaft für den Einzelnen reden. Prinzip in der BRD ist, den Behinderten zu versorgen. Das heißt Orientierung auf Konsum. Der Behinderte wird in keiner Weise stimuliert, aktiv irgend etwas selbst zu tun. Und das hat für mich sehr viel mit Entmündigung zu tun.

Auf der einen Seite haben Sie große Hoffnung, auf der anderen stehen Befürchtungen . . .

Das hängt mit der Entwicklung hierzulande zusammen. Mit dem Staatsvertrag werden viele positive Aspekte eingeführt. Aber gleichzeitig beginnen die Probleme. Nehmen wir nur die ganze Diskussion um die Umtauschsätze. Die sind doch eigentlich nur ein untergeordneter Punkt. Im Staatsvertrag geht es doch um ganz andere Beträge als 1 : 1, wenn damit alles andere Recht der DDR praktisch außer Kraft gesetzt wird. Die Umtauschsätze sind für Behinderte ein zusätzliches Handicap. Hat jemand eine Abfindung bekommen für einen ärztlichen Kunstfehler oder erlitt einen Unfall, so wird diese Summe jetzt praktisch halbiert. Finanzielle Sorgen können schnell entstehen. Und die Behinderung bleibt ein Leben lang. Auch eine vorübergehende Mietpreisbindung ist da nur ein sehr, sehr kleines Trostpflästerchen.

Ihre Argumente sind ein Plädoyer für Sachlichkeit und Toleranz. Doch in den Volkskammerdebatten scheint man davon meilenweit entfernt zu sein. Mit welchen Gefühlen sitzen Sie da in der PDS-Fraktion?

Niemand von uns hat das Recht, sich darüber zu beschweren, daß die Arbeit dort sehr schwer ist. Wir sind gegenüber unseren Wählern verpflichtet, immer wieder zu sagen, was große Teile der Bevölkerung brauchen, wo Ungerechtigkeit einzieht,

wo Schwächere an den Rand gedrückt werden. Niemand von uns hat es gelernt, Opposition zu sein und so deutlich gezeigt zu bekommen, daß man keinerlei Einfluß hat. Doch wenn wir nicht wenigstens versuchen, etwas zu erreichen, dann sind wir wieder schuldig. Wir können es uns einfach nicht leisten, nichts zu tun und nichts zu sagen. Denn es geht hier jetzt um Entscheidungen, die die nächsten 20, 30 Jahre unseres Lebens wesentlich bestimmen werden.

Text: Jutta Schütz

Tribüne 108/90, 8. 6. 90, S. 11

Finanziell besser absichern

Die meisten Probleme müssen am Ort gelöst werden

Erlauben Sie mir bitte, etwas ausführlicher aus einem der zahlreichen Briefe zu zitieren, die mir gesandt werden:
„Mit folgenden Problemen, die mich tief bewegen, möchte ich mich mal an Sie wenden. Ich bin Jahrgang 1941 und seit 1953 wegen einer Poliomyelitis (Kinderlähmung) fest an den Rollstuhl gebunden. Kurz gesagt, ein Pfegefall, weil beide Arme mitbetroffen sind und ich stets auf Hilfe angewiesen bin. Nach ein und einem viertel Jahr Klinikaufenthalt in Greifswald gaben mich die Eltern nicht ins Heim, sondern nahmen mich Weihnachten 1954 nach Hause. Meine Mutter blieb also Hausfrau und hatte außer mir noch weitere vier Kinder. Viele Jahre später bekam ich monatlich 45 Mark Pflegegeld, ein Tropfen auf den heißen Stein. Danach erhöhte es sich auf 120 Mark. 1970 setzte sich eine Ärztin dafür ein, daß ich seitdem 180 Mark Pflegegeld bekomme. Danach nahm ich eine kleine Heimarbeit an, Rente bekam ich nicht, es lagen ja keine Arbeitsjahre vor. Ich bekam ein Gewerbe und fertigte für Kunstgewerbe-Geschäfte aus echten und gepreßten Blümchen und Gräsern Blumenkarten an. Mein Vater sammelte mir die Blumen und Gräser. Ab 1974 bekam ich dann meine Mindestrente, und sofort entzog man mir das Gewerbe, so daß bei mir keine fünf Jahre Arbeitszeit vorliegen. Meine Mutter, sie ist 76 Jahre alt, die mich all die vielen Jahre pflegte, dadurch aber nur 13 Arbeitsjahre vorweisen kann, bekommt als „Dank" vom Staat auch nur die Mindestrente, und auf ihre fünf Kinder werden nicht einmal Jahre angerechnet. Ich finde das alles so beschämend.
Seit fast vier Jahren bin ich verheiratet. Der Mann leidet an Ischias und Herz-Kreislauf-Beschwerden, steht unter ärztlicher Kontrolle, wird aber nicht auf Invalide gesetzt und steht voll im Beruf. Da er in einem kleinen Betrieb als Hochdruckheizer tätig ist, seine Arbeitszeit früh 5.00 Uhr beginnt, muß ich um 3.45 Uhr mit ihm aufstehen. Tagsüber versorgt mich meine Mutter ein wenig, die mit im Haus wohnt. Ich finde, es gibt noch mehr

so schwer Behinderte, die in Familie leben und wohnen. Darauf haben wir ein Recht. Und aus diesem Grunde muß sich etwas ändern!
Der berufstätige Mann (oder die Frau), der einen schwerstbehindeten Partner hat, muß im Betrieb berücksichtigt werden: verkürzte Arbeitszeit im Betrieb, aber einen Ausgleich im Gehalt bekommen. Außerdem bin ich mit der Mindestrente und 180,– Mark Pflegegeld nicht zufrieden.
Kleidung, Heizung, Strom, Lebensmittel – das alles soll von der Mindestrente bezahlt werden. Ein Ding der Unmöglichkeit! Mein Mann ist im FDGB, er bekam im vergangenen Jahr über die Reha für sieben Tage einen Urlaubsplatz in Friedrichroda. Der erste Urlaub über den FDGB, was traurig ist. Wo bekommt ein Behinderter mit seiner Familie einen Urlaubsplatz? Angeboten wurde uns bisher so gut wie nichts! In diesem Jahr haben wir auch noch keinen Urlaubsplatz, aber gerade ein Werktätiger, der im Beruf seinen Mann stehen muß, Haushalt und eine pflegebedürftige Frau zu versorgen hat, eine doppelte Arbeit und Belastung, müßte vorrangig mit einem Urlaubsplatz versorgt werden. Aber wie gesagt, das war bisher nie der Fall! – Die Deutsche Reichsbahn sowie andere öffentliche Verkehrsmittel müssen sich auch etwas mehr einfallen lassen. Nicht jeder hat ein Auto. Wir auch nicht. Auf Reisen mit der Bahn machten wir schon schlechte Erfahrungen. Das Rollstuhlfahrer-Abteil ist zwar sehr schön, aber nicht an jedem Zug. Beim Ein- und Ausladen des Rollstuhls gibt es stets Probleme. Gäbe es für uns nicht auch mal Auslands-Urlaubsplätze? Vielleicht mal ein Urlauberaustausch? Ich hoffe, Sie als Behinderter können all meine Probleme und Sorgen verstehen. Alles ist so belastend für uns Behinderte, wenn keine neuen Wege gefunden werden!"

*

Welch eine Fülle von Problemen! Und alle müßten eigentlich sofort gelöst werden. Aber von wem? Vieles muß jetzt mehr denn je vor Ort geklärt werden. Beispielsweise ist es mir vollkommen unverständlich, warum Frau Koenig die Gewerbegenehmigung entzogen wurde, wenn sie doch Empfängerin des

staatlichen Sonderpflegegeldes in Höhe von 180,– Mark ist! In diesem Falle keine Einkommensbegrenzung. Und Arbeit ist für unsereinen doch nicht nur Broterwerb! Hier geht es uns wie jedem anderen Menschen auch: Arbeit ist ein Teil unserer Selbstverwirklichung! Diese diskriminierende Entscheidung von damals hat bereits Schaden angerichtet. Damit er nicht weiterwuchert, kann ich nur hoffen, daß Frau Koenig und ihre Familie jetzt so viel Eigeninitiative aufbringen, ihr zumindest eine gewisse Berufstätigkeit zu ermöglichen. Gewerbeeinschränkungen wird es ja bald ohnehin nicht mehr geben.

Pflegesätze sind zu niedrig

Solche Briefe erinnern aber nicht nur an Probleme. Auch bestimmte Entwicklungslinien zeigen sie deutlich auf. Ich denke beispielsweise an die Pflegesätze. Daß sie weitaus zu niedrig sind, ist unbestritten. Hier liegt tatsächlich ein Bewährungsfeld des Dachverbandes. Wir müssen um die Erhöhung der Pflegebezüge kämpfen.

Etwas anderes ist die Sicherung der Invalidenrente. Frau Koenig weist darauf hin, wie wichtig die fünf Arbeitsjahre sind. Wenn wir jetzt rasch auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zugehen, muß man sogar daran erinnern, daß es um fünf **Beitragsjahre** zur Sozialversicherung geht. Ansonsten besteht nach bundesdeutschem Recht kein Rentenanspruch. Zwar liegt die Sozialhilfe in jedem Falle weit über den hierzulande üblichen Renten, aber ein Unterschied bleibt bestehen: Die Invalidenrente steht im Gegensatz zur Sozialhilfe in der BRD jedem behinderten DDR-Bürger zu. Für einige von uns wirkt sich die Lohndrittelregelung ausgesprochen initiativhemmend aus. Für Sonderpflegegeldempfänger bleibt die Rente aber in jedem Falle ein sozialer Sockelbetrag. Damit wird ein Teil des Handicaps ausgeglichen, das uns Chancengleichheit verwehrt. Diese Regelung ist also durchaus wert, von uns in eine gesamtdeutsche Sozialkonzeption eingebracht zu werden.

Daß die Rentenhöhe indiskutabel und die Lohndrittelregelung

stark revisionsbedürftig sind, muß hier nicht weiter ausgebreitet werden. Unbedingt zu reden ist aber über die Stellung der Angehörigen von Menschen mit Behinderungen. Das betrifft Eltern geistig behinderter Kinder ebenso wie Partner von chronisch oder psychisch kranken Menschen.
Die Anregungen von Frau Koenig fließen in Überlegungen ein, die an vielen Orten gemacht werden. Auch hier sehe ich eine Aufgabe, die der Dachverband mit großem Nachdruck in die Gesetzgebung einbringen muß. Die Unterstützung der Basis wird uns den nötigen Rückhalt geben.

Kampf an der Basis führen

Und damit möchte ich einen letzten Gedanken in die Debatte werfen: Wir sind aufgestanden, um uns von Bevormundung zu befreien. Ist es deshalb nötig, sich mit allen Problemen wieder an „Berlin" zu wenden? Natürlich geben mir solche Briefe auch Kraft, denn sie strömen Vertrauen aus. Aber der eigentliche Kampf um unsere Rechte muß an der Basis geführt werden! Nur das wird wirklich Bestand haben, was den örtlichen Bedingungen angepaßt ist. Noch sind nicht in jedem Ort, jedem Kreis, Bezirk oder Land wirklich arbeitsfähige Strukturen ausgebildet. Aber wer soll denn die Mitgliedsverbände des Dachverbandes bilden, wenn nicht die Menschen mit Behinderungen, deren Angehörige, Freunde und Helfer in den jeweiligen Orten? Und dann hat man auch Ansprechpartner, die näher am Geschehen sind. Denn diese Erfahrung behält wohl ihre Gültigkeit: unsere Einigkeit macht uns stark! Insofern bleibt es wichtig, miteinander im Gespräch zu bleiben: Über Briefe, über DIE STÜTZE, über die Ortsverbände.

Dr. Ilja Seifert

DIE STÜTZE 8/90, 20. 6. 90, S. 3–5

Dr. Ilja Seifert:

Eine „Schonzeit" gab es nicht

Konkrete Basisarbeit und sozialpolitische Interessenvertretung

Das Geld spielte eine nicht unbedeutende Rolle, als der erweiterte Vorstand des Behinderten-Dachverbandes am 30. Juni und 1. Juli in Berlin tagte. In der Analyse mußte konstatiert werden, daß in vielen Basisgruppen von der Tätigkeit des Dachverbandes wenig gespürt wird. Helfende Unterstützung wird von denen schmerzlich vermißt, die uns nahestehen. Diese Kritik veranlaßte den Vorstand, eine Möglichkeit der direkten Unterstützung der Basisarbeit zu finden. Da sich die Bildung von Bezirks- bzw. Landesverbänden in verschiedenen Regionen verzögert, können ab sofort auch **Kreisverbände** und – wenn nötig – Selbsthilfegruppen (e. V.) eine Anschubfinanzierung von bis zu 2 000,– DM beantragen. Dem Beschluß des Gründungskongresses folgend, müssen sie nur in dem Falle zurückgezahlt werden, wenn die Gruppe später keinen Weg in den Behindertenverband findet. Außerdem können **projektbezogene Zuschüsse** beantragt werden. Die Hauptgeschäftsstelle wurde zu unbürokratischer (nicht blinder!) Abwicklung verpflichtet. Konkrete Basisarbeit (ob thematisch oder behinderungsspezifisch geprägt) ist schließlich eine der Hauptstärken der Bewegung, aus der unser Verband in kurzer Zeit hervorging und in der er verwurzelt bleibt. Sie zu unterstützen, nicht bevormundend zu reglementieren, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben.
Aber wir schrieben uns auch auf die Fahnen, den Rahmen sozialpolitischer Aktivitäten gestaltend zu beeinflussen. Eine solche Interessenvertretung erfordert – will sie den lokalen Raum sprengen – Verbandsstrukturen. Um auch auf diesem Felde voranzukommen, werden wir drei Monate lang für jedes künftige Land in der Noch-DDR je einen hauptamtlichen Landesgeschäftsführer bezahlen. Auf die Auswahl nehmen wir keinen Einfluß. Solche Personalentscheidungen sind Sache der Länder. Um auch dieser Anschubfinanzierung einen unmittelba-

ren und dauerhaften Praxiseffekt zu geben, erhält jede Landesgeschäftsstelle zusätzlich ein modernes Kopiergerät, damit Informationen rasch verbreitet werden können. Solche Zuschüsse sind geeignet, unsere Mittel rasch aufzubrauchen. Dennoch halten wir es für nötig, die Basis unmittelbar zu stärken, wo und wie immer es geht. Das wird auch in Zukunft so sein, soweit unsere Mittel reichen. Das verpflichtet die Hauptgeschäftsstelle natürlich, ständige Einnahmequellen zu erschließen.
Es ging uns jedoch nicht nur ums „liebe" Geld. Der Unterabteilungsleiter Dr. Heink vom Ministerium für Arbeit und Soziales sowie der Volkskammerabgeordnete Jürgen Demloff legten ihre Meinungen zu Chancen und Problemen des Schwerbehindertengesetzes dar. DIE STÜTZE steht in ihren nächsten Ausgaben für eine breite Leserdiskussion zum Sozialpaket offen.

Auf Partnerorganisationen zugehen

Während bisher das Schwergewicht unserer Anstrengungen auf dem Aufbau der Binnenstrukturen des Behindertenverbandes liegen mußte, können (und werden!) wir uns jetzt auch aktiv der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen zuwenden. Manchmal wird uns (auch mir persönlich) eine Art „Alleinvertretungsanspruch" vorgeworfen. Darum geht es uns gewiß nicht! Wir wollen nur zwei Dinge: **erstens** solidarisches, gleichberechtigtes (integratives) Verhalten von Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen und mit deren Angehörigen fördern, und **zweitens** die (gemeinsamen) sozialpolitischen Interessen dieser Menschen nach außen vertreten. Dabei stehen wir dem Gedanken des „independent living", des selbstbestimmten Lebens nahe. Wir wollen uns nicht von „Fachleuten" verwalten lassen, die immer als erstes damit beginnen, unsere „objektiven" Grenzen zu definieren, sondern wir wollen selbst über unsere Belange entscheiden. Dieser Gedanke bestimmt auch unsere Suche nach Partnern auf europäischer Ebene. Im Herbst soll eine entsprechende Entscheidung möglich sein.

Der Behindertenverband besteht jetzt rund 100 Tage. Die „Schonzeit" – wenn es sie je gab – ist längst vorbei.
Wir spüren den rauhen Wind der sozialpolitischen Auseinandersetzungen jeden Tag. Und allerorten. Leider werden auch Unterstellungen und – wider besseren Wissens – Gerüchte gegen uns in Umlauf gebracht. Dagegen ist niemand gefeit. Und man bleibt da auch wehrlos. Doch wir werden nicht mit gleicher Münze zurückzahlen, sondern sachlich und – wo möglich – kontinuierlich unsere Arbeit fortsetzen. Das persönliche Engagement ist ebenso ungebrochen wie der Bedarf an Veränderung bleibt. Bis zum Verbandstag im April/Mai 1991 werden wir eine breite öffentliche Diskussion eines Programm-Entwurfs auslösen. Wenn wir jetzt angegriffen werden, kann ich mich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, daß da Neid eine Rolle spielt. Aber der ist kein guter Ratgeber. Wenn wir in der Behinderten**bewegung** vorankommen, freue ich mich über jeden Erfolg, auch wenn ihn unser Nachbar bzw. Partnerverband erreichte.

Wir sind bekannt

Von besonderer Freude für die Vorstandsmitglieder (und für die Revisionskommission) war die Mitteilung, daß die Kunde von unseren Aktivitäten bereits bis über den Atlantik drang, so daß Mrs. Jane Kennedy-Smith mich anläßlich eines Europa-Aufenthalts im Berliner Haus der Parlamentarier aufsuchte. Im Herbst werden wir als erstes konkretes Projekt in Berlin (und – wenn möglich – auch in anderen deutschen Städten; Angebote sind willkommen) eine Ausstellung von Very Special Arts veranstalten, die gegenwärtig in den USA gezeigt wird.

DIE STÜTZE 10/90, 12. 7. 90, S. 3/4

Während einer Demonstration der Berliner Behinderten am 16. 5. 1990.

Nicht über, sondern mit uns reden

Im April 1990 wurde in Berlin der Behindertenverband der DDR e. V. gegründet, dessen Schirmherrschaft die Volkskammerpräsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl übernommen hat. Präsident ist der 39jährige Literaturhistoriker **Dr. Ilja Seifert**. Er ist Mitglied der PDS-Fraktion in der Volkskammer. PeP-Mitarbeiter Rainer Große unterhielt sich mit ihm.

Es häufen sich Beispiele, daß behinderte Menschen, die in Betrieben im Arbeitsprozeß eingegliedert sind, als erste entlassen werden.

Die meisten dieser Rehabilitanden werden nicht rausgeworfen, sondern sie kündigen selbst! Dahinter steckt ein barbarischer Psychoterror. Denn man suggeriert ihnen: Jetzt fängt die neue Zeit an, die Leistungsgesellschaft. Ihr seid nicht leistungsfähig genug. Wir können euch sowieso nicht halten. Es ist besser, ihr kündigt. Auch Eltern von behinderten Kindern, die einen großen Aufwand für die Pflege benötigen, werden zunehmend auf diese Weise aus ihrem Arbeitsrechtsverhältnis getrieben. Über die Hälfte aller mir bekannten Fälle spielen sich so ab. Das ist an sich schon ein Verbrechen, weil diese gewissenlosen Betriebs- oder Kaderleiter genau wissen, daß sie das nicht dürfen. Eine Zustimmung vom Arbeitsamt bekommen sie dafür normalerweise nicht.

Werden auch geschützte Werkstätten dichtgemacht?

Es gibt diese Beispiele. Manche Betriebe liefern kein Material mehr in die geschützten Werkstätten. Die Behinderten kommen morgens zur Arbeit und können nichts tun. Das ist tragisch, denn es sind doch weniger Stätten des Broterwerbs, man verdient dort sehr wenig. Die geschützten Werkstätten haben vor allem eine sozial-kommunikative Funktion. Hier treffen sich junge Behinderte, reden und arbeiten miteinander. Die Arbeit ist zugleich Therapie! Manche Leute aber haben großes Interesse daran, daß diese Werkstätten verschwinden, weil sie mehr als Belastung denn ökonomisch rentabel gesehen werden.

Was hilft gegen solche Praktiken?
Wir sind sehr viele, aber noch sehr zersplittert. Wir können keine Massendemonstration von 20 000 Behinderten planen. Das scheitert schon an organisatorischen Möglichkeiten, außerdem ist die Zeit der Demonstrationen ohnehin vorbei . . . Jedenfalls vorerst. Aber wir haben unseren Verband. Es kommt nun darauf an, in den Bezirken und künftigen Ländern starke Basisgruppen aufzubauen, die sich für die Rechte und Interessen von Behinderten einsetzen. Wir müssen versuchen, über die Öffentlichkeit moralischen Druck auszuüben.
Hat das Sinn? Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen sind doch in den vergangenen Jahren als Randgruppe kaum zu Wort gekommen. Sind denn die Leute sensibler geworden für die Probleme, Sorgen und Nöte der Behinderten?
Seit dem Herbst '89 haben wir viele Forderungen durchgesetzt, viel Verständnis erfahren. Ich glaube, wir haben endlich erreicht, daß wir als Menschen gleichberechtigt akzeptiert werden. Dazu hat viel die Öffentlichkeit beigetragen. Es ist so, daß jetzt in einer Woche mehr in Zeitungen steht über Menschen mit Behinderung als zuvor in drei Jahren. Breite Kreise der Bevölkerung wissen inzwischen, daß 10 bis 12 Prozent der Menschen in unserem Land geistig und körperlich behindert, chronisch und psychisch krank sind. Und daß in jedem Fall ihre Angehörigen, Freunde und Betreuer ebenso von den Problemen betroffen sind.
Ist dieses Verständnis auch in die Spitzen der Parteien gedrungen?
Hier geht es um eine menschliche Dimension, es scheint um diese Fragen keinen Parteienstreit zu geben. Wir haben alle Parteien dafür gewonnen, daß sie einsehen: Es ist nötig, unsere Forderungen in die eigenen Sozialprogramme aufzunehmen. Es ist wichtig, nicht über, sondern mit uns zu reden. Und uns reden zu lassen!
Auch mit Stimme?
Drei Mitglieder unseres Verbandes sind Volkskammerabgeordnete und vertreten also an höchster Stelle die Interessen und Forderungen behinderter Menschen in verschiedenen Fraktionen. Wir streben außerdem an, einen Behindertenbeauftragten in der Regierung einzusetzen und Behindertenbeiräte in den Stadtparlamenten zu bilden. Im Berliner Magistrat arbeitet bereits ein Beauftragter. Er

hat Sitz und Stimme am Magistratstisch! Wir hören oft von Behinderten aus Westberlin: Davon können wir nur träumen! Dort ist so ein Beauftragter dem Sozialminister „unterstellt".

Wie reagieren junge Behinderte auf die Gründung des Verbandes? Engagieren sie sich?

Bisher wenig. Sicherlich liegt das einerseits daran, daß die Probleme von jungen Behinderten die Probleme allgemein von Behinderten sind. Ich war selbst bei körperbehinderten Jugendlichen in Birkenwerder, spürte dort – sie haben eine abwartende Haltung, wollen sehen, wie sich alles entwickelt. Im Moment ist es interessanter nach Westberlin zu fahren, als sich für den Verband zu engagieren. Doch es gibt einzelne, die sich bemühen, Jugendgruppen zu entwickeln. Wir unterstützen sie dabei.

Wir wünschen euch Erfolg und danken für das Gespräch.

PeP (Podium eurer Probleme) 7/90, Juli 90, S. 12–14

Grenzen gibt es nicht

Interview zum neuen Schwerbehindertengesetz

„Nichtbehinderte – auch Fachleute – neigen dazu, zuerst unsere Grenzen zu sehen. Wer dagegen selbst behindert ist, fragt immer zuerst: Was kann ich?" Der promovierte Germanist Ilja Seifert ist seit einem Badeunfall in seinem 16. Lebensjahr querschnittsgelähmt. Mit vielen anderen gründete er Anfang 1990 den Behindertenverband und wurde zum Präsidenten gewählt. Der 39jährige ist Volkskammerabgeordneter mit PDS-Mandat. Wir sprachen mit ihm.

Neulich las ich von einem Abgeordneten den Satz, Behinderte müßten beweisen, daß sie nicht allgemein leistungsgemindert sind, sondern nur leistungsverlagert. Kann das bei der hohen Rate der Erwerbstätigkeit der 1,2 Millionen Behinderten der DDR überhaupt eine Frage sein?

Einerseits nein, denn wer hat das Recht, uns wegen unseres Handicaps als Menschen zweiter Klasse einzustufen? Andererseits kommt es darauf an, uns die richtigen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wir erleben aber jetzt, wie Betriebe ihre angeblich Schwächsten entlassen.

Welche Fortschritte bringt das neue Schwerbehindertengesetz, das ab 1. Juli in Kraft ist?

Jeder Behinderte erhält eine Rente von 495 DM, die unabhängig vom Einkommen gezahlt wird. Sie garantiert bei Verlust der Arbeit eine soziale Lebensgrundlage. Die Rentenregelung müßte auch im zweiten Staatsvertrag festgeschrieben werden, denn in der BRD gibt es sie nicht. Außerdem ist jetzt jeder Betrieb mit mehr als 15 Mitarbeitern verpflichtet, sechs Prozent seiner Arbeitsplätze Behinderten zur Verfügung zu stellen. Sonst zahlt er pro Platz im Monat 250 DM in einen staatlichen Behinderten-Fond.

Ist die Summe nicht zu niedrig, so daß der Betrieb lieber zahlt?

Das glauben wir auch. Eine Ausgleichszahlung in Höhe eines durchschnittlichen Monatslohnes würde den Unternehmer mehr fordern.

Was ist im neuen Gesetz nur unvollkommen geregelt?

Die bisherigen niedrigen Pflegesätze bleiben erhalten und entsprechen keineswegs dem hohen zeitlichen und moralischen Aufwand, den Angehörige oder Pflegepersonal leisten. Eltern von behinderten Kindern genießen keinen besonderen Kündigungsschutz. Auch das lebenslange Recht auf Bildung und Rehabilitation für jeden wird nicht ausdrücklich erwähnt.

Ihren Verband haben sich die Behinderten aus einer breiten Massenbewegung heraus selbst geschaffen. Welche Sicherheit kann er seinen Mitgliedern geben?

Wir wollen umfassenden Rechtsbeistand bieten und in allen größeren Städten Beratungsmöglichkeiten schaffen. Dazu suchen wir Rechtsanwälte, die uns unterstützen. Wir werden uns stark machen, daß die Grenzen für Behinderte abgebaut werden. Zum Beispiel dürfte der öffentliche Personenverkehr kein Kraftakt für Rollstuhlfahrer sein. In Projektierungsunterlagen für jeden Bau müßte obligatorisch die Behindertenfreundlichkeit bestätigt sein. Für solche Aufgaben brauchen wir einen Beauftragten mit weitreichenden Kompetenzen beim Ministerrat.

Wie äußern junge Behinderte ihre Ansprüche?

Leider haben sich Jugendliche mit ihren speziellen Interessen noch nicht an uns gewandt. Dabei könnte ich mir denken, daß es an den Körperbehindertenschulen viele Probleme gibt, beispielsweise mit der Berufswahl und den Freizeitmöglichkeiten.

An Ihren Verband wird von anderen Behindertenorganisationen die Forderung gerichtet, Spendengelder auch außerhalb Ihres Verbandes zu verteilen. Haben Sie sich nicht als Dachverband gegründet?.

Das war unser Anliegen. Doch die Praxis zeigt, daß wir als einer neben vielen Verbänden weiterbestehen werden. Ein Teil der anderen Organisationen ist nicht bereit, einen Dachverband zu akzeptieren. Uns wird auch der absurde Vorwurf der PDS-Lastigkeit gemacht. Unsere Schirmherrin ist Frau Bergmann-Pohl. Die größten Einzelspenden erhielten wir vom FDGB und von der CDU. Für September laden wir Vertreter aller Verbände, auch aus der BRD, zu einer Arbeitstagung zur Sozialunion ein, um an Sachfragen eine Zusammenarbeit abzustecken.

Interview: Almuth Nehring

Junge Welt 166/90, 19. 7. 90

Liebe Leserinnen und Leser!

Daß Sie jetzt, im Sommer, diese umfangreiche Doppelnummer der STÜTZE in den Händen halten können, ist in hohem Maße dem nicht erlahmenden Engagement der Redaktion, der Korrespondenten, dem Verlag, dem neugeschaffenen Vertrieb zu verdanken. Doch was nützte all dieser Aufwand, wäre an der Basis unserer Bewegung nicht so viel los, worüber berichtet oder informiert werden muß bzw. kann? Und dabei ist uns klar, daß noch viel mehr geschieht, von dem wir bisher noch nichts erfahren! Deshalb wiederhole ich gleich hier die Bitte, uns zu schreiben, damit wir Ihre Erfahrungen veröffentlichen können. Dennoch spiegelt sich in unserem Blatt schon jetzt die elementare Kraft wider, mit der Menschen mit Behinderungen sowie deren Angehörige und Freunde ihre eigenen Interessen selbst wahrnehmen. Und diese Initiative geben wir nicht mehr aus der Hand! Sei es das individuelle Gespräch im kleinsten Ort, sei es die große Demo vor dem Berliner Roten Rathaus, sei es die Veröffentlichung des Schwerbehindertengesetzes in der vorigen oder des Sozialhilfegesetzes in dieser STÜTZE, seien es Anschubfinanzierungen für Kreisverbände oder theoretische Debatten über Konzeptionen menschenwürdigen Wohnens, integrativer Bildung für Jeden, sicherer Arbeitsplätze, behindertenfreundlichen Bauens, ambulanter sozialer Dienste, behindertengerechten öffentlichen Personenverkehrs oder der Aufbau einer flächendeckenden Sozialrechtsberatung – überall sprießen kräftige Keime auf unserem eigenen Grund und Boden: in unserem Behindertenverband.

Es ist nicht zu übersehen, daß das auch Neider, Nörgler und Naseweise auf den Plan ruft. Da droht man uns gerichtliche Schritte gegen unseren Namen an, weil er angeblich einen Alleinvertretungsanspruch manifestiere. Da behauptet man, die Spenden an den Behindertenverband müßten unter allen möglichen Vereinigungen aufgeteilt werden. Da werden unsere Mitglieder abgeworben, weil überalterte Verbände „frisches Blut" brauchen. Das alles ist nicht schön, unter heutigen Bedingungen aber offensichtlich unvermeidlich. Es gibt aber

auch Freunde, z. B. in der Noch-BRD, die sich sehr für unsere Arbeit interessieren, insbesondere unter den basisorientierten Selbsthilfegruppen. So suspekt ihnen hierarchische Strukturen „eigentlich" sind, so sehr wünschen sie unserem Versuch Erfolg, dezentrale Basisdemokratie mit Organisationsformen zu verbinden, die effektiv auf Legislative und Exekutive aller Ebenen einwirken können. Vielleicht müssen wir bald Möglichkeiten finden, zu einem Deutschen Behindertenverband zu werden? Jedenfalls ist es wichtig, sich schon jetzt über gemeinsame Ziele (und gemeinsame Wege dahin) zu verständigen, die in der Behindertenpolitik der neuen deutschen Republik unter europäischen Aspekten in den nächsten Jahren verfolgt werden müssen. Daß da Ost und West Positives einzubringen haben, steht außer Zweifel. DIE STÜTZE wird auch weiterhin jedermann Platz einräumen, der dazu Erfahrungen einzubringen hat. Denn eines steht fest: je prägnanter wir unsere Ziele umreißen, je europäischer (internationaler) unser Horizont wird, je solidarischer wir unsere Forderungen vertreten, je kompetenter unsere Konzeptionen sind, desto größer werden unsere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben.

Ihr

Ilja Seifert

DIE STÜTZE 11 + 12/90, 30. 7. 90, S. 1/2

DIE STÜTZE

12. Januar 1990 1/90

Liebe Leser!

In diesem Moment halten Sie die erste Ausgabe eines neuen Journals in der Hand. Ich freue mich, dürfen.
Vielleicht halten
Blick für vermes
scheidenes Blättch
Wer stützt sich
Zunächst einmal:
nötigt ganz einfach
um überhaupt v
Blatt, das sich der
zuwendet, also m
akzeptabel?
Aber, mit STÜTZ

DIE STÜTZE

1. Jahrgang 20. März 1990 4/90

Liebe Leserinnen und Leser!

Viele von Ihnen kennen DIE STÜTZE seit Erscheinen

DIE STÜTZE

Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

Liebe Leserinnen und Leser!

Daß Sie jetzt, im Sommer, diese umfangreiche Doppelnummer der STÜTZE in den Händen halten können, ist in hohem Maße dem nicht erlahmenden Engagement der Redaktion, der Korrespondenten, dem Verlag, dem neugeschaffenen Vertrieb zu verdanken. Doch was nützte all dieser Aufwand, wäre an der Basis unserer Bewegung nicht so viel los, worüber berichtet oder informiert werden muß bzw. kann? Und dabei ist uns klar, daß noch viel mehr geschieht, von dem wir bisher noch nichts erfahren! Deshalb wiederhole ich gleich hier die Bitte, uns zu schreiben, damit wir Ihre Erfahrungen veröffentlichen können. Dennoch spiegelt sich in unserem Blatt schon jetzt die elementare Kraft wider, mit der Menschen mit Behinderungen sowie deren Angehörige und Freunde ihre eigenen Interessen selbst wahrnehmen. Und diese Initiative geben wir nicht mehr aus der Hand! Sei es das individuelle Gespräch im kleinsten Ort, sei es die große Demo vor dem Berliner Roten Rathaus, sei es die Veröffentlichung des Schwerbehindertengesetzes in der vorigen oder des Sozialhilfegesetzes in dieser STÜTZE, seien es Anschubfinanzierungen für Kreisverbände oder theoretische Debatten über Konzeptionen menschenwürdigen Wohnens, integrativer Bildung für Jeden, sicherer Arbeitsplätze, behindertenfreundlichen Bauens, ambulanter

Dr. Ilja Seifert

IN DIESEM HEFT:

- **Für selbstbestimmtes Leben** *Seiten 3–5*
- **Sozialhilfegesetz** *Seiten 6–13*
- **anstoß** *Seiten 17–25*
- **Behinderte in den USA** *Seiten 32–34*
- **Rollstuhltanz** *Seiten 36–37*
- **Sport** *Seiten 38–40*
- **Post** *Seiten 41–48*
- **Guter Rat** *Seite 49*

1. Jhg., Nr. 11+12/90
30. Juli 1990
Preis 2 DM

In diesem Heft:

Forum zur Sozialpolitik

Ergebnisse beim Berliner Runden Tisch

Integration sollte bei uns selbst beginnen

Zum Beispiel Krankentransport

Positionen von Arbeitsgruppen

Infos / Meldungen

Post an uns

Kontaktadressen

Dr. Ilja Seifert

Selbstbewußtsein ist nicht käuflich

Meine Aufgaben bringen es mit sich, daß ich häufig ausländische Gäste über den Behindertenverband zu informieren habe. Ob es nordamerikanische Professoren sind oder dänische Ministerialbeamte, ob ich in Wien mit dem einzigen rollstuhlfahrenden Abgeordneten des österreichischen Nationalrats (Parlament) oder mit dem Präsidenten des dortigen Behinderten-Dachverbandes rede, ob mir in Südtirol Behindertenwerkstätten gezeigt werden oder ob sich am Rande eines Weltkongresses für geistig Behinderte in Paris holländische, bundesrepublikanische, algerische, uruguayische oder französische Verbandsvorsitzende nach uns erkundigen – stets erregen einige Fakten, die ich aufzähle, ungläubiges Staunen. Allein, daß wir unsere STÜTZE 14täglich in einer Auflage von gegenwärtig 30 000 Exemplaren herausgeben, erscheint fast utopisch. Oder daß drei Mitglieder unseres Verbandes in der Volkskammer um die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen ringen – wer mag das für möglich halten, wenn er selbst seit Jahrzehnten vergeblich versucht, in seinem Lande eine „Lobby" für Behinderte zu etablieren? Und dazu vertreten ja auch in den Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamenten viele Verbandsmitglieder als Abgeordnete ihre (unsere) Interessen! Vor allem aber schufen wir uns mit und von der Basis aus selbst ein Instrument, mit dem wir unseren Erfordernissen auch in Zukunft kraftvoll Nachdruck verleihen können: den Behindertenverband!

Daß diese Entwicklung nicht nur mit Freude und Freundlichkeit registriert wird, ist kein großes Wunder. Ich nehme das zur Kenntnis, will es aber nicht überdramatisieren. Dennoch war es schon in der vergangenen STÜTZE unumgänglich, auf die zunehmende Aggressivität unserer Neider hinzuweisen.

Wir kommen nicht umhin, auch darüber offen zu sprechen, mit welchen Methoden man uns ans Leder will. Jetzt, da wir die

schwierige Anfangsphase des Aufbaus einer Organisation im wesentlichen abgeschlossen haben, kommen einige von denen, die uns von Beginn an immer nur „Hilfe und Unterstützung" zusagten, mit ganz anderen Tönen. Information über derartige Aktivitäten erreichen mich aus Mecklenburg/Vorpommern (einen intakten Landesverband zu schlucken, wäre natürlich ein rechter Reibach!), ebenso wie aus den Räumen Leipzig und Cottbus, aus der Magdeburger und der Potsdamer Gegend, aus Thüringen, Dresden usw. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle einen langen Brief an mich vom 29. 7. 1990 zitieren, der sehr deutlich macht, worum es geht:

„Sehr geehrter Herr Dr. Seifert!

Heute wende ich mich mit einem Problem an Sie, das mich bereits seit einigen Wochen sehr beschäftigt.

Wie Ihnen ja bekannt ist, wurde in den letzten Monaten, ebenso wie in Berlin, auch in anderen Städten der DDR der Behindertenverband gegründet, so auch in Karl-Marx-Stadt. Der Karl-Marx-Städter Verband der Behinderten (VdB) hatte eine Geschäftsstelle mit eigenem Büro, es arbeiteten verschiedene Arbeitsgemeinschaften, u. a. die AG Öffentlichkeit, zu der ich gehörte.

Im Juni ist hier unsere erste Zeitung verteilt worden, die 2. Nummer befindet sich in Arbeit. Allerdings wird sie auch die letzte sein. Der Grund dafür ist folgender: Im Vorstand gab es seit längerer Zeit heftigen Streit, ob unser Verband seine Eigenständigkeit bewahren oder in den VdK eingehen soll. Hinter dem Rücken der VdK-Gegner im Vorstand und erst recht hinter dem Rücken der Mitglieder des VdB wurde alles für den Übergang zum VdK getan. ‚Irrtümlich' wurde bereits die Adresse des VdK als Absender verwandt, ‚irrtümlich' meldete man sich in der Geschäfsstelle nicht mit VdB, sonder mit VdK – und das, noch bevor in einer Mitgliederversammlung darüber abgestimmt wurde. Die Mitgliederversammlung wurde sehr kurzfristig einberufen, so daß weniger als die Hälfte der Mitglieder daran teilnehmen konnten. Zur Diskussion stand nur VdK oder VdB. Dabei muß darauf verwiesen werden, daß die Teilnehmer der Versammlung weder schriftliches Informationsmaterial als

Diskussionsgrundlage zur Verfügung hatten, noch über die Existenz anderer Behindertenverbände oder Selbsthilfegruppen vom Vorstand in Kenntnis gesetzt wurde. Die Argumente der AG Öffentlichkeitsarbeit wurden mit teils recht fadenscheinigen Äußerungen abgeschmettert. Fakt ist nun, daß die Mehrheit der wenigen Teilnehmer für den VdK und gegen den VdB und auch gegen ein Nebeneinander der beiden Verbände stimmte. Wir, die Mitglieder der AG Öffentlichkeit, haben aber kein Interesse daran, uns vom VdK schlucken zu lassen.
Zwei der Gründungsmitglieder des Karl-Marx-Städter VdB wurden vom Vorstand sogar vor die Tür gesetzt, da man Menschen, deren Kraft – aufgrund ihrer Behinderung – nur für zwei Stunden ausreicht, nicht im Vorstand gebrauchen könne. Kann ein Verband, der Menschen auf diese Weise ausgrenzt, wirklich ein Verband sein, der sich für die Interessen, für die Gleichberechtigung und Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft einsetzt? Das wage ich doch zu bezweifeln!!
Nun stellen sich für uns folgende Fragen:
1. Soll der Berliner Behindertenverband als Dachorganisation für die fünf Landesverbände auf dem Gebiet der heutigen DDR fungieren oder bleibt er selbst nur ein Landesverband?
2. Wie steht der Berliner Behindertenverband zu dem in Sachsen und wohl auch in Thüringen gegründeten VdK?
3. Wird der Berliner Verband auch zum VdK überwechseln oder bleibt er VdB?
4. Ist es ratsam, in Sachsen den VdB neu zu gründen?
5. Könnte uns der Berliner VdB bei einem eventuellen zweiten Start finanziell unterstützen?

Mit freundlichem Gruß
Marina Schmidt"

Zunächst einmal ist es mir ein Bedürfnis, der Absenderin für ihren mutigen und selbstbewußten Brief zu danken. Hier werden die Probleme beim Namen genannt. Hier fragen Freunde Freunde. Was kann es in unserer Bewegung, im Verband, auch in der STÜTZE besseres geben, als diese Atmosphäre des Vertrauens? Doch nun Antworten auf die konkreten Fragen:
1. Offenbar verschwiegen die Verantwortlichen in Karl-Marx-

Stadt/Chemnitz sogar, daß es längst (seit Ostern) einen DDR-weiten Dachverband gibt, in dem der Berliner Behindertenverband Mitglied ist.
2. Der Dachverband ist eine freiwillige Organisation. Wer uns nicht beitreten will, den werden wir nicht nötigen. Seine Aktivitäten messen wir an den Ergebnissen im Interesse der Behindertenbewegung. Wer sich allerdings im wesentlichen darauf beschränkt, seine überalterte Mitgliedschaft durch „frisches Blut" neu zu beleben, das aus den Reihen derer gezapft wird, die in diesem Lande aufstanden und ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nahmen, der ist zumindest unser Konkurrent.
3. Der Berliner Behindertenverband ist – entgegen bewußter Verleumdung – Mitglied des Dachverbandes der DDR und in diesem sehr aktiv.
4. Ob in Sachsen ein neuer VdB gegründet werden kann, hängt von den örtlichen Bedingungen ab. In jedem Falle sollten die Freunde in Leipzig und Dresden konsultiert werden. Wenn es genügend Menschen mit Behinderungen, Angehörige und Freunde gibt, die das wollen, sollten sie keine Mühe scheuen.
5. Selbstverständlich wird der Dachverband jeden Versuch unterstützen, Organisationen aufzubauen, die mit uns gemeinsam gleiche Ziele verfolgen. Diese Unterstützung kann – im Rahmen unserer Möglichkeiten – finanzieller Art sein, wir können auch Erfahrungen vermitteln. Und nicht zuletzt steht DIE STÜTZE als Informationsblatt zur Verfügung.
Nun möchte ich ein Wort zu dem pseudodemokratischen Gebahren jener sagen, die ganze Behindertenverbands-Struktureinheiten (eigenständiger e.V.) bundesdeutschen Verbänden zuschieben. Wer kann denn verbindlich beschließen, daß nicht zwei oder mehrere Verbände nebeneinander existieren dürfen? Doch nur, wer für sich einen Alleinvertretungsanspruch reklamiert. Davon haben wir nach dem feudalsozialistischen Politregime – meine ich – die Nase voll. Und wer Kritiker mit fadenscheinigen „Argumenten" abwimmelt, erscheint mir ebensowenig vertrauenserweckend wie diejenigen, die Menschen mit Behinderungen ob ihrer zeitlich eingeschränkten Lei-

stungsfähigkeit diskriminieren. Daß bei Abstimmungen stets die Vorgaben und Informationen des Vorstandes (bzw. einzelner Personen) wichtig sind, weiß jeder. Insofern ist es schon wichtig, denjenigen genau auf die Finger zu schauen, die besonders „einleuchtende" Argumente für diesen oder jenen BRD-Verband haben. Ich weiß, daß gewählten Vorsitzenden oder Vorstandsmitgliedern „verlockende" Offerten gemacht werden. Da wird weder mit lukrativen Posten noch mit Super-Rollstühlen oder anderen Hilfsmitteln gegeizt, da werden modernste Anrufbeantworter installiert und auch mal ein schickes Auto zur Verfügung gestellt, da gibt es Computer und Kopiergeräte und was weiß ich sonst noch. Ja, fast all das (bis auf die „Pöstchen") brauchen wir! Dringend sogar. Massenhaft. Aber nicht um den Preis der Selbstaufgabe! Für die „edlen und uneigennützigen Spender" sind das alles nur Glasperlen. So kaupelte man früher korrupten afrikanischen Häuptlingen „ihre" Stammesmitglieder ab, um sie mit Riesengewinn in die Sklaverei zu verkaufen. Nun droht zwar heute nicht mehr die nackte Sklaverei, aber die Riesengewinne winken genauso. Was ist wertvoller als wir?!

Aber: der Beitritt der DDR zur BRD steht unmittelbar bevor. Auch wir müssen uns auf die kommenden Gegebenheiten einstellen. Vielleicht müssen/können/werden wir uns noch vor dem nächsten Verbandstag zu einem **Behindertenverband in Deutschland (BVD)** mausern? Mit unserer basisdemokratischen Arbeitsweise unterscheiden wir uns nicht unwesentlich vom VdK, Reichsbund und BAGH. Ich halte es durchaus für möglich, daß bisherige bundesrepublikanische Selbsthilfe- und andere Gruppen enger mit uns zusammenarbeiten möchten. Dafür sollten wir (ihnen) die Voraussetzungen schaffen, Möglichkeiten anbieten. Daß Lothar Sandfort das Editorial dieses Heftes schrieb, ist kein purer Zufall. Wir wollen uns doch gegenseitig kennenlernen.

Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz hat jeder selbst zu entscheiden: geht er den bequemen Weg, sich von einem alteingesessenen, reichgesponserten Verband bürokratisch verwalten zu lassen – oder will er mit uns den dornenreichen

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Gespräch mit Dr. Ilja Seifert, Präsident des Behindertenverbandes der DDR e. V., Volkskammerabgeordneter der PDS-Fraktion

Was will der Behindertenverband, und was wurde bisher erreicht?

Erstens wollen wir die Solidarität nach innen. Wir können nicht von der Gesellschaft Akzeptanz und Gleichberechtigung erwarten, wenn es zwischen den verschiedenen Behindertengruppen Mißgunst und Unverständnis und dergleichen gibt. Wir müssen lernen, daß jede Behinderung – gleich welcher Art – für den Behinderten immer die schlimmste ist.

Zweitens geht es um die sozialpolitische Interessenvertretung nach außen. Natürlich braucht ein Blinder andere technische Hilfen als ein Rollstuhlfahrer. Aber gesetzliche und ökonomische Voraussetzungen zu schaffen, damit technische Hilfesmittel generell auf dem höchsten Standard angeboten und auch finanziert werden können, ist unser gemeinsames Ziel. Das gleiche trifft zu für das Recht auf Wohnen, das Recht auf Arbeit usw. Erreicht haben wir, daß unser Verband überhaupt existiert; das war eine Forderung des Herbstes 1989. Uns stehen alle Medien offen. Es wird nicht nur über uns berichtet, sondern wir können uns häufig selbst äußern. Der Wissensstand der Bevölkerung über unsere Problematik kann also als hoch qualifiziert eingeschätzt werden. Es gibt keine ernstzunehmende Partei, die sich nicht intensiv mit Fragen von Menschen mit Behinderungen befaßt. In den Programmen gibt es recht klare Aussagen, das ermöglicht im Parlament weitgehend Konsens, was in fast allen anderen Fragen unmöglich ist.

Der Behindertenverband fühlt sich als Dachorganisation. Wer bildet die Mauern, auf dem dieses Dach ruht?

Wir sind für dezentrale Arbeit an der Basis. Andere Säulen sind die Landes- oder Bezirksverbände, und es können behinde-

rungsspezifische Organisationen dem Dachverband beitreten, die sich landesweit betätigen. Letzteres ist bisher aber noch nicht der Fall. Interesse zeigen aber z. B. der Verband der Kleinwüchsigen sowie der Bund der Allergiker und Asthmatiker.

Arbeiten in den Vorständen des Behindertenverbandes neben Körperbehinderten auch andere mit?

Selbstverständlich. Im Vorstand des Dachverbandes arbeiten zwei oder drei Mütter bzw. Väter von geistig behinderten Kindern und Jugendlichen, im Kreisverband Berlin-Marzahn ist ein blinder Vorsitzender, Angehörige, Freunde und ständige Helfer haben wir von vornherein einbezogen, weil sie im Grunde genauso betroffen sind wie wir.

Seit Juni gibt es auf zentraler Ebene eine Arbeitsgemeinschaft der Organisationen Behinderter und chronisch Kranker. Will der Behindertenverband dort mitmachen?

Nach meiner Meinung ist das ein bürokratisches Gremium von Gremien, das nicht dem neuen Demokratieverständnis entspricht. Ich bin für jede Art der Zusammenarbeit und für Absprachen. Eine ständige Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft sehe ich allerdings nicht als erforderlich an, zumal wir bisher von den dort vertretenen Organisationen immer wieder mit Vorwürfen überhäuft werden.

Gegen den Namen „Behindertenverband" wurden gerichtliche Schritte angedroht, was ich für lächerlich halte, außerdem wurde verlangt, daß wir Spendengelder auf alle möglichen Organisationen aufteilen. Wir dürfen uns nicht gegenseitig zerfleischen, nur weil der eine oder andere neidisch auf die Erfolge des anderen ist.

Ich komme noch einmal auf den Namen Behindertenverband zurück. Warum wurde kein Körperbehindertenverband gegründet?

Weil es nicht den Körperbehinderten gibt, denken wir nur an Rollstuhlfahrer, Beinamputierte, Armamputierte usw.

Den Behinderten als solchen gibt es aber erst recht nicht?

Ich rede nicht von den Behinderten, sondern von Menschen mit Behinderung, weil es doch ein Unterschied ist, ob wir in erster Linie uns behindert fühlen und dann als Menschen, oder ob wir uns als Menschen mit Behinderung verstehen, die ein Handicap auszugleichen haben. Wir selbst müssen gegenüber dem Staat sagen, wie dieses Handicap auszugleichen ist, keiner könnte das besser als wir selbst. Und das eint uns.

Aber wo bleibt die Spezifik der jeweiligen Behinderung?

Zunächst braucht jeder einen Ausgleich, die Wohnung, die Rente usw. Ansonsten habe ich als Rollstuhlfahrer noch nie ernsthaft versucht, die spezifischen Bedürfnisse eines Blinden zu formulieren.

Insofern will sich der Behindertenverband also generell für soziale Rahmenbedingungen einsetzen, wenn es konkret wird, aber in erster Linie für die Körperbehinderten sprechen?

Nein, wir haben in unseren Reihen auch MS-Kranke, Blinde, sehr viele psychisch Kranke, Angehörige geistig Behinderter. Hier gibt es riesige Probleme zu lösen. Wenn die Rollstuhlfahrer besonders in Erscheinung treten, dann deshalb, weil sie besonders auffallen und weil unter ihnen zahlreiche qualifizierte und aktive Leute sind. **Ich komme noch einmal zum Geld.** Ist es nicht so, daß die Bevölkerung zu Spenden auf das Konto des Behindertenverbandes bereit ist, weil die Menschen generell etwas für alle Behinderten tun wollen?

Bleiben die Einnahmen nun beim Behindertenverband? Wo sind dann die Millionen für die Gehörlosen, die Blinden, die Diabetiker usw.?

Wir haben nicht so viele Millionen. Die größte Einzelspende waren 2,5 Millionen DDR-Mark vom FDGB, die zweitgrößte stammt aus Rückzahlungen von Herrn Götting (CDU), rund 130 000 DDR-Mark.

Jeder Verband, der uns beitritt, soll 25 000 DM Anschubfinanzierung erhalten. Wichtig ist, daß an der Basis gearbeitet werden kann. Deshalb können auch unsere Kreisverbände oder Selbsthilfegruppen jeweils 2 000 DM als Anschubfinanzierung erhalten. 80 oder 90 Anträge liegen schon jetzt vor. Falls sich solche Verbände anderen Dachorganisationen anschließen, muß das Geld zurückgezahlt werden. Wir können auch projektbezogene Zuschüsse gewähren.

Wo sehen Sie Ihre Verantwortung und Ihre Möglichkeiten als Volkskammerabgeordneter?

Drei Mitglieder des Behindertenverbandes sind in der Volkskammer, zwei in der PDS-Fraktion, einer in der Fraktion der SPD. Allein durch unsere Anwesenheit weisen wir darauf hin, daß die Probleme von Menschen mit Behinderungen angemessen zu berücksichtigen sind. Seitens der Opposition können wir vor allem Anfragen stellen, das ist das Offizielle. Man hat aber die Möglichkeit, einfach mal mit den Ministern zu sprechen. Es gibt eine große Aufgeschlossenheit.

Was wird gesetzgeberisch noch möglich sein?

Am Wegfall der Steuerfreibeträge auf Grund der Behinderung wird sich in diesem Jahr nichts mehr ändern. Als Errungenschaft kann man ansehen, daß mindestens 495 DM als sozialer Sockelbetrag, unabhängig vom Einkommen, gezahlt werden. Das sollten wir in die neue deutsche Republik einbringen, im gemeinsamen Ringen mit bundesrepublikanischen Behindertenorganisationen.

Wie sehen Sie in Zukunft das Zusammenwirken zwischen Behindertenverband und BSV?

Jede Organisation muß eigenständig sein in bezug auf die behinderungsspezifischen Belange. In bezug auf viele sozialpolitische Fragen gibt es keine Unterschiede, sondern nur Gemeinsamkeiten. Hier hat eine Interessenvertretung, die mit einer Stimme spricht, mehr Gewicht als eine zersplitterte Bewe-

gung. Auf Kundgebungen sind wir meist gemeinsam aufgetreten. Unsere Zeitschrift „DIE STÜTZE", die 14täglich erscheint, ist auch eine Informationsquelle für Menschen mit Behinderung, sicher auch für den einen oder anderen Sehgeschädigten.

Welche Rolle spielt der Behindertenverband in einem vereinten Deutschland?

Er könnte ein gesamtdeutscher Verband werden, der vor allem auch die Interessen von bisherigen DDR-Bürgern vertritt. Es wird ja noch eine ganze Zeit Unterschiede geben, sozialer Art und bezüglich der Infrastruktur. Sicher finden wir auch in der jetzigen Bundesrepublik Zuspruch, weil wir eine Organisation sind, in der die Behinderten selbst über ihre Anliegen entscheiden und nicht die Spezialisten, vor denen ich allerdings große Achtung habe.

(Das Gespräch führte Dr. Thomas Nicolai)

Die Gegenwart 9/1990, September 90, S. 10/11

„Druck ausüben, wo es nötig ist"

Ilja Seifert, Präsident des Behindertenverbandes, über die Situation Behinderter

Mit zahlreichen Demonstrationen haben Menschen mit Behinderungen in den letzten Monaten auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Initiator dieser Aktionen war der DDR-Behindertenverband, der seit wenigen Wochen „Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e. V. ‚Für Selbstbestimmung und Würde'" heißt. Mit dem Verbandspräsidenten Dr. Ilja Seifert sprach Reiner Cimbollek.

die kirche: *Der Behindertenverband heißt heute Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde". Ist der Name auch Programm?*

Seifert: „Allgemein" heißt, daß wir schädigungsübergreifend sind. Es ist also egal, woher die Schädigung kommt, ob durch Kriegseinwirkung oder Unfall. Wir wollen auch geistig und körperlich behinderten Menschen in unserem Verband Räume schaffen. Selbstbestimmung und Würde – der Name zeigt unsere Nähe zu der Independent-living-Bewegung an, die aus den USA kommt und in Westeuropa Verbreitung gefunden hat. Ich denke schon, daß ein solcher programmatischer Name uns gut ansteht.

die kirche: *Welche Möglichkeiten der Mitbestimmung hat der Verband bei Belangen, die Behinderte betreffen?*

Seifert: Obwohl es den Verband noch nicht mal ein halbes Jahr gibt, haben wir viel erreicht. Wir haben drei Abgeordnete in der Volkskammer, in Opposition und Koalition. Und wir haben auf allen anderen Ebenen in Stadt und Kreis ebenfalls Abgeordnete, die im Verband sind. Das allein ist schon Gewähr dafür, daß man an der Gesetzgebung beteiligt ist. Andererseits haben wir die Möglichkeit, außerparlamentarisch zu wirken: Öffentlichkeit herzustellen und – wo es nötig ist – Druck auszuüben. Durch unsere Existenz und durch unser praktisches Wirken haben wir ein öffentliches Bewußtsein geschaffen. Wir ha-

ben auch ein Bewußtsein bei den Parteien erreicht. Praktisch keine Partei verzichtet mehr darauf, sich im Programm und in den Wahlaussagen mit der Behindertenproblematik auseinanderzusetzen.
Und wir hatten erreicht, daß es in Berlin zum Beispiel einen Behindertenbeauftragten gibt, der dem Oberbürgermeister unterstellt war. Er saß mit Sitz und Stimme am Magistratstisch. Diese Bürgerbeauftragten, wie Ausländerbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte, sind neue demokratische Elemente. Nach der Wahl wurde das zurückgenommen, mit der Begründung, man müsse sich an die westlichen Verhältnisse anpassen. Was bleibt, ist die Erfahrung, daß man es erreichen kann.
die kirche: *Wie beurteilen Sie den Einigungsvertrag aus der Sicht der Behinderten?*
Seifert: Für uns Menschen mit Behinderungen glaube ich, daß aus dem Vertrag nicht viel Gutes herauskommt. Ich fürchte, daß versucht wird, die jetzigen Ostbehinderten gegen die jetzigen Westbehinderten auszuspielen. Uns werden Dinge wie Mindestrente, Freistellungsmöglichkeiten und Behindertenbeauftragte weggenommen mit der Begründung, man könne es nicht finanzieren. Und den Westbehinderten werden Dinge, um die sie seit Jahren kämpfen, vorenthalten mit der Begründung, man müsse ja erst für den Osten bezahlen. Aber wir lassen uns dadurch nicht auseinanderdividieren. Wir müssen gemeinsam dafür einreten, daß wir als Nachteilsausgleich eine Rente bekommen. Das ist nicht Aufgabe einer Versicherung oder einer Familie. Hier muß die Gesellschaft gefordert werden. Angesichts dieser Herausforderungen finden wir auch gute Freunde in Köln und Bremen oder anderswo, weil sie dasselbe wollen: selbst bestimmen, was für sie gut ist.
die kirche: *Welche Folgen hat die derzeitige ökonomische Situation auf die Situation der Behinderten?*
Seifert: Die Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß vom Gesetz her das Entlassen von Behinderten unmöglich ist. Praktisch wird das aber unterlaufen. Erstens dadurch, daß massenweise Menschen selbst gekündigt haben. Dem geht fast immer

ein gewaltiger psychologischer Druck voraus. Das ist ein Entsolidarisierungsprozeß am Arbeitsplatz. Nichtbehinderte meinen, ihre Arbeitsplätze zu sichern, indem sie behinderte Mitarbeiter herausdrängen oder umsetzen, bis diese selbst kündigen. Die zweite Variante funktioniert so, daß einfach kein Material mehr da ist. Das betrifft vor allem die geschützten Werkstätten, die ja häufig in einer Art Monokultur arbeiteten. Wenn dann kein Material geliefert wird, bricht so eine Werkstatt schnell zusammen.

die kirche: *Wie kann da der Verband helfen?*

Seifert: Natürlich haben wir keine administrativen Möglichkeiten. Aber wir können die Öffentlichkeit alarmieren. Das ist unsere wichtigste Waffe: Informieren, solidarisieren. Und wir haben schon erstaunlich große Demonstrationen auf die Beine gestellt. Die zweite Möglichkeit ist der Weg über die Gewerkschaften. Wir motivieren und informieren die Gewerkschaften, daß es günstig wäre, gemeinsam mit den Betriebsratswahlen den Schwerbehindertenvertreter im Betrieb zu wählen. Und dann treten wir als Verband auch direkt an Betriebe oder Bürgermeister heran, wenn wir von Problemen erfahren. Wir bitten, Konzeptionen zu erarbeiten, zum Beispiel als in Halle-Neustadt eine Rehabilitierungstagesstätte aufgelöst werden sollte. Ich habe deshalb an den Oberbürgermeister von Halle geschrieben, auch Hilfe angeboten, Konzeptionen zu erstellen.

die kirche: *Arbeitet der Behindertenverband mit anderen sozialen Problemgruppen zusammen?*

Seifert: Es gibt Kontakte zum Arbeitslosenverband, zum Frauenverband und zu Rentnerinitiativen. Wir nehmen auch andere Veranstaltungen wahr, wie den Antifa-Tag. Auch dort ging es um Ausgrenzung, um Nichttolerierung. Das ist genau unser Thema: Niemanden ausgrenzen, niemandem das Leben erschweren, sondern Bewegungsfreiheit innerhalb der Gesellschaft ermöglichen – uns, wie jedem anderen.

„die kirche" (Evangelische Wochenzeitung) 38/90, September 1990, S. 2

Inhaltsverzeichnis

Zu dieser Ausgabe 5
Aufrecht gehen 6
AUFRUF zur Gründung eines Behindertenverbandes in der DDR 9
Für sich selbst sprechen 11
Liebe Leser! (Leitartikel STÜTZE 1/90) 14
Keine Almosen, sondern echte Integration 16
Aus der Post an uns 18
Offener Brief 20
Liebe Leserinnen und Leser! (Leitartikel STÜTZE 3/90) . . . 21
Post an uns 23
Sozialer Abstieg wird befürchtet 25
Integration sollte bei uns selbst beginnen 33
An den Ministerpräsidenten 36
Liebe Leserinnen, liebe Leser! (Leitartikel STÜTZE 5/90) . . 38
Einander akzeptieren und sich beistehen 40
Behinderte organisieren sich 45
Auch ein Lächeln kann Höchstleistung sein 47
Liebe Leserinnen und Leser! (Leitartikel STÜTZE 6/90) . . . 50
Praktikable Konzeption gefragt (Bericht an den Gründungskongreß) 52
Für eine bessere deutsche Republik ohne Entmündigung 59
Ein besseres Leben nur mit Almosen 65
Finanziell besser absichern 72
Eine „Schonzeit" gab es nicht 76
Nicht über, sondern mit uns reden 80
Grenzen gibt es nicht 83
Liebe Leserinnen und Leser! (Leitartikel STÜTZE 11+12/90) 86
Selbstbewußtsein ist nicht käuflich 89
Gemeinsamkeiten und Unterschiede 95
„Druck ausüben, wo es nötig ist" 100

Er ist einer der drei Rollstuhlfahrer in der neuen Volkskammer: Ilja Seifert, 1951 geboren, promovierter Germanist, Literaturhistoriker. Zuletzt war er in einem Haus für Kulturarbeit tätig: seit drei Monaten bereitet er mit anderen die Gründung des Behindertenverbandes vor. Am Osterwochenende nun wurde er an die Spitze dieses Verbandes gewählt. Ilja Seifert, durch einen Badeunfall querschnittsgelähmt, sieht das Tätigkeitsfeld des Verbandes in der politischen und sozialen Interessenvertretung nach außen und in der Solidarität nach innen. Diesem Teil der Arbeit steht er innerlich besonders nahe. Es gibt viele, sagt er, die durch ihre Behinderung resignierten, sich zurückzogen. Ihnen gilt es zu helfen, ihr Selbstbewußtsein zu stärken, sie von einem Platz am Rand der Gesellschaft auf einen Platz in der Gesellschaft zu führen. Und dazu gehört natürlich, daß alle anderen den Behinderten neben sich akzeptieren. Für den Alltag und die Bewältigung seiner für die Behinderten besonders großen Hürden sieht Ilja Seifert die Bewahrung und Erringung politischer und sozialer Rechte. Er denkt an Türen, durch die man auch mit dem Rollstuhl kommt, an Verkehrsmittel, die Behinderte nicht abschrecken, sondern einladen, an bessere Positionen im Familienrecht. Der temperamentvolle PDS-Abgeordnete wird ein energischer und sicher oft unbequemer Verhandlungspartner sein.

GÜNTHER FLEISCHMANN
in „Neues Deutschland",
17. April 1990, S. 2

ISBN 3-89310-015-6

„FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND WÜRDE"

ABiD

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e. V.